

Einzelpreis 70 Heller.

Re. Pr. 2.

Tagredaktion: 6795. Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . . . Ks 16.— vierteljährlich . . . . . 48.— halbjährlich . . . . . 96.— ganzjährig . . . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (12 Bl.).

4. Jahrgang.

Donnerstag, 2. Oktober 1924.

Nr. 232.

## Internationaler Kongreß für Sozialpolitik.

Heute tritt in Prag der für vier Tage anberaumte internationale Kongreß für Sozialpolitik zusammen. Das ist ein auch für die Arbeiterklasse wichtiges Ereignis. Ideell knüpft der Kongreß an den letzten internationalen sozialpolitischen Kongreß in Zürich 1897 und an den Pariser Kongreß des Jahres 1900 an, auf dem die Internationale Assoziation für gewerblichen Arbeiterschutz gegründet wurde, die nun in Gemeinschaft mit der Assoziation zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Prager Kongreß einberufen hat. Auf dem Kongreß wird eine Reihe hervorragender Professoren und Sozialpolitiker, darunter Professor Lujo Brentano aus Deutschland, anwesend sein und es werden auch Sozialisten von Namen und Ruf, wie der griechische Genosse Hermann Greulich, schweizerischer Nationalrat, Dr. Karl Renner, österreichischer Staatskanzler a. D., und der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, und andere als Berichterstatter oder als Redner in der Debatte das Wort ergreifen.

Als die Aufgabe des Kongresses wird bezeichnet, die Bilanz zu ziehen über den Fortschritt in den sozialen Reformen auf internationalem Gebiete seit dem Züricher Kongreß. Es sollen auch die Ursachen besprochen werden, die in den letzten Jahren trotz günstiger Aussichten eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit für soziale Reformen erzeugt haben und die sonst ein Hemmnis für den Fortschritt der Sozialpolitik bildeten. Der Kongreß will aber besonders Arbeit für die Zukunft leisten, indem er seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die durch wirtschaftliche und politische Vermengungen in der Wirtschaft und Ländern von der Sozialpolitik abgelenkt worden war, der Regelung der sozialen Reformen wieder zuzuwenden und ein gemeinsames Reformprogramm für die Zukunft aufzustellen. In allen Ländern erhebt die Arbeiterklasse mit der gleichen Begründung Widerstand gegen jede soziale Reform; jeder in einem einzelnen Lande erzielte Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes trägt zur Erhöhung der Produktionskosten bei, verteuert die Waren und erschwert die Konkurrenzfähigkeit der Industrie des betreffenden Landes auf dem Weltmarkt. Der Kongreß will daher angesichts der Abhängigkeit der einzelnen Produktionsländer voneinander, den Gedanken propagieren, den Arbeiterschutz auf alle Produktionsländer auszudehnen, was sicher dem Widerstand der Unternehmerklasse in den sozialpolitisch vorgeschrittenen Staaten gegen die errungenen sozialen Reformen entgegenzuwirken, aber auch zur Sicherung und Festigung dieser Errungenschaften beizutragen geeignet wäre.

Den Beschlüssen des Kongresses kommt natürlich keine die Regierung verpflichtende und bindende Kraft zu, seine Tätigkeit kann vielmehr nur propagandistischen Charakter haben, aber es wäre doch verfehlt, die Wirkungsmöglichkeiten einer solchen Aufklärungs- und Propagandatätigkeit zu unterschätzen. Der Kongreß vermag nur Richtlinien zu stellen und Ziele aufzustellen, zu deren Erreichung es gewiß noch längerer Zeiträume brauchen wird und deren Verwirklichung am allerwenigsten von der Erleuchtung, von der Großherzigkeit und Güte der herrschenden Klassen zu erwarten ist. Auch nicht ein Stückchen sozialpolitischen Fortschritts wird der Arbeiterklasse, sofern es nicht gerade auch im Interesse der Produktion und der Unternehmer liegt, aus reiner Fracht in den Schoß fallen, kein so ruhrender Appell an das gute Herz der Kapitalistenklasse wird diesen den Sinn für den Profit als Zweck der Produktion ersetzen

und das Empfinden für Arbeiterfürsorge, für Arbeiterschutz und für den Nutzen kürzerer Arbeitszeit schärfen. Darum ist es ebenso albern wie demagogisch, wenn die Kommunisten die Bedeutung des Prager Kongresses dadurch herabzusetzen suchen, daß sie behaupten, es ständen hinter ihm die Kapitalisten und die kapitalistischen Regierungen und sein Zweck sei, die kapitalistische Gesellschaft durch soziale Reformen vor dem Untergang zu schützen. Daraus spricht die durch die Erfahrung längst widerlegte Auffassung, es wäre eine verblendete, allen Schutzes entbehrende Klasse in der der sozialistische Arbeiterkampf in geeigneter geistiger und seelischer Verfassung. Die Sozialdemokratie hat diese Theorie seit jeher auf das entschiedenste abgelehnt. Sie hat darum an die Spitze ihrer Aufgaben das Bestehen gestellt, die Arbeiterklasse geistig und physisch kampffähig zu machen. Nicht der verblendete, geistig rückständige, von Verzweiflung erfüllte Arbeiter kann der Träger und Kämpfer der geschichtlichen Entwicklung sein, sondern nur der aufrechte, klugenbewusste, aufklärte Arbeiter, dem eine verkürzte Arbeitszeit die Möglichkeit der Schulung und politischen Betätigung bietet. Die sozialistische Arbeiterklasse ist sich bewußt, daß jeder sozialpolitische Fortschritt bedingt ist von der Kraft der Arbeiterklasse und von der Stärke der Arbeiterbewegung und schließlich nur im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe errungen werden kann. Die Arbeiterklasse kann von den Beratungen des Kongresses nicht unmittelbaren Erfolg erwarten, aber die Aufgaben, die er verfolgt, liegen auf dem Wege der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Auch die Arbeiterklasse dieses Staates, in dessen Hauptstadt der Kongreß tagen wird, hat alle Ursachen, die Beratungen aufmerksam zu verfolgen. Manche der sozialpolitischen Reformen, welche die Arbeiterklasse hier nach dem Umsturz durchzuführen vermochte, sind längst durchlöcherter oder von der sozialen Reaktion bedroht, andere, mit denen die Herrschenden im Staate sozialpolitisches Verständnis werden markieren wollen, gleichen potentiellen Dörfern. Vieles noch ist der Staat der Arbeiterklasse schuldig geblieben, dennoch stürmt die Kapitalistenklasse gegen die wenigen sozialpolitischen Errungenschaften an, die der Bedeutung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß und im Staate noch keineswegs entsprechen. Die deutsche sozialistische Arbeiterklasse dieses Landes weiß, daß ihr Endziel ein größeres ist, sie ist sich bewußt, daß auch der sozialpolitische Fortschritt letzten Endes von ihrer Geschlossenheit und Stärke abhängig ist, aber sie versteht auch die propagandistische Bedeutung des Kongresses voll zu würdigen. Sie entzieht daher dem Kongreß ihren Gruß und wünscht seinen Beratungen vollen Erfolg!

### Die Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.

In den Friedensverträgen befinden sich Bestimmungen über den gewerblichen Arbeiterschutz. Sie gehen nicht so weit als die Forderungen der internationalen Gewerkschaftsorganisationen der Nachkriegszeit, doch bedeuten sie ein wesentliches Zugewinn an der Arbeiterklasse in der Frage des Arbeiterschutzes und sind ein Beweis dafür, daß man die sozialpolitische Gesetzgebung anders zu bewerten beginnt als das in der Vorkriegszeit der Fall war. Damit ist zwar noch nicht gesagt, daß in arbeiterpolitischen Angelegenheiten, seitdem in Genf das Arbeitsamt wirkt und alljährlich internationale Arbeitssymposien stattfinden, ein neues Arbeitsamt besteht. Seit dem Abschluß des Weltkrieges in den einzelnen Staaten auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes getan wurde, gleich in der ersten Zeit zum Teil nur unter der

Trunde der zu starkem Selbstbewußtsein erwachenden proletarischen Massen. In Deutschland und in Österreich wurde in raschem Zuge mit vielen veralteten, rückständigen Gesetzesbestimmungen aufgehoben und Forderungen der Arbeiter verwirklicht, um die sie jahrzehntlang zuvor vergeblich gekämpft hatten. Das gleiche geschah in der Tschechoslowakei unmittelbar nach dem Zusammenbrüche der Mittelmächte. In der sogenannten Revolutions-Rational-Verfassung hieß die tschechische Sozialdemokratie, hinterher damals der überwiegende Teil der tschechischen und slowakischen Arbeiterklasse stand, einen starken Einfluß. Dieser drückte sich in den Arbeiterschutzgesetzen aus, die in den Monaten von November 1918 bis zum Frühjahr 1920 beschlossen wurden.

So wurde das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag ein sozialpolitischer Fortschritt des Proletariates verwirklicht, um deren Durchführung ein Menschenalter lang gekämpft worden war. Seitdem ist die 48-Stundenwoche wieder stärkeren Ansehens ausgeübt. Erst kürzlich, als im Parlament das Sozialversicherungs-gesetz verhandelt wurde, hat ein tschechischer Abgeordneter, der zweite Reichstagsmitglied gegen den Achtstundentag unternommen, indem er sich dafür einsetzte, daß mehr gearbeitet werde.

Obwohl, vom Jahre 1922 angefangen, bis heute die meisten Industriezweige in der Tschechoslowakei unter freibehaltenen Umständen leiden und teilweise der Mangel an Beschäftigung überaus stark war, ist trotzdem in zahlreichen Fällen noch Überstundenarbeit vorgekommen. Ohne große Schwierigkeiten kann ein Industrierbeiter die Genehmigung zur Überstundenarbeit erhalten und dort, wo die Arbeiter nicht selbst auf der festen Einhaltung des Achtstundentages bedacht sind, machen die Unternehmer von der Möglichkeit einer Überstundenausbezahlung Gebrauch. Insbesondere ist im heurigen Jahre die Überstundenarbeit auf den Bauwerken eine außerordentlich häufige Erscheinung. In den meisten Fällen wird sogar von den beschäftigten Bauarbeitern verlangt, länger zu arbeiten, ohne daß ihnen die gesetzliche Bewilligung vorliegt. Alle Beschwerden der Gewerkschaften dagegen sind erfolglos. Es genügt nun keineswegs, daß ein Staat gesetzlich den Achtstundentag einführt. Seine Verwaltungsbehörden müssen zugleich darauf bedacht sein, daß er eingehalten wird, was nur durch eine scharfe Überwachung und durch ein strenges Vorgehen gegen Übertretungen des Gesetzes erreicht werden kann. Wenn aber die politischen Behörden den selbst durch großes Entgegenkommen bei Ausfällen von Überstundenarbeit mit dazu beitragen, daß in zahlreichen Betrieben neun und zehn Stunden und darüber gearbeitet wird, dann helfen sie selbst mit den Achtstundentag zu durchbrechen.

Was in der Tschechoslowakei nach dem Umsturz auf dem gesetzlichen Wege für die beschäftigungslosen Arbeiter und Angehörigen der Nachkriegszeit geschehen ist, ist ein Beispiel für die Notwendigkeit der Nachkriegszeit. Die ganze Volkswirtschaft war durch den Weltkrieg in Unordnung geraten. Die meisten Industrien hatten sich für den Kriegsbedarf eingestellt und als der Krieg zusammenbrach, gab es Hunderttausende, die ohne Beschäftigung und Brot dastanden. Für diese zu sorgen, war eine der dringlichsten Aufgaben, die dem Staate gestellt wurden. In der Tschechoslowakei ist das mit dem Gesetz vom 10. Dezember 1918 geschehen. Raum aber waren einige Monate vergangen, seitdem Verschlechterungen in der staatlichen Arbeitlosenfürsorge ein. Eine Verordnung nach der anderen kam heraus und jede dieser Verordnungen bildete einen Rückschritt in diesem Teile staatlicher Sozialpolitik. Schon darin zeigte sich der kleinliche Geist, von dem sich bei den Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit die bürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei und das Parlament leiten ließen, daß immer nur für kurze Zeit das Gesetz über die staatliche Arbeitslosenunterstützung verlängert wurde, anstatt daß man ein ordentliches Arbeitslosenfürsorgegesetz geschaffen wäre. Im Sommer 1921 beschloß zwar beide Kammern der Nationalversammlung ein neues Gesetz über die Unterstützung Arbeits-

loser, aber bis heute ist es noch nicht in Wirksamkeit getreten. In diesem Gesetz wird ein Staatsbeitrag zur gewerblichen Arbeitlosenunterstützung vorgegeben. Es ist das eine Unterstüßungseinrichtung für die Arbeitslosen, wie sie in der Vorkriegszeit in einigen Staaten versucht und eingeführt worden ist, die aber von den Arbeitern als keine Lösung der Frage der Arbeitslosenfürsorge betrachtet werden kann. Zu dem hat die Regierung bei der Schaffung dieses Gesetzes selbst ausdrücklich erklärt, daß seine Durchführung nur unter geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist, nicht aber in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und die der Nachkriegszeit noch lange nicht überwunden sind. Jetzt wird zwar daran gedacht, im April nächsten Jahres den Staatsbeitrag zur gewerblichen Arbeitslosenunterstützung auszuweiten und die bisherige Arbeitslosenunterstützung zu befristigen, aber es ist noch sehr die Frage, ob bis dahin die Voraussetzungen dafür gegeben sein werden.

Unter den sozialpolitischen Gesetzen, die in der tschechoslowakischen Nationalversammlung der Tschechoslowakei beschlossen worden sind, befinden sich außerdem ein Gesetz über die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Betriebsarbeit, zu dem die einschlägigen Vorarbeiten schon in Österreich vor dem Jahre 1914 vollendet waren, dann ein Gesetz über die Kinderarbeit, das zwar die Verwendung von Kindern zur gewerblichen Arbeit wesentlich einschränkt, aber Abweichungen für die Landwirtschaft zuläßt, dann ein Gesetz, das die Rechtsverhältnisse der Hausbesorger regelt und einige Gesetze, die sich auf die Dienstverhältnisse der privaten Angestellten beziehen. Außerdem hat die erste Nationalversammlung der Tschechoslowakei im Bergbau Betriebs- und Revierräte eingeführt, und damit in diesem Bereiche einen Schritt zur Betriebsdemokratie getan. In der Krankenversicherung wurde im Jahre 1919 mit den kleinen Zweigklassen aufgeräumt, dann bestritten das neue Gesetz die Betriebskrankenkassen bis auf eine kleine Anzahl und brachte auch sonst einige wesentliche Verbesserungen gegenüber dem früheren Zustande.

Im Sommer 1920 traten die beiden gewählten Kammern der tschechoslowakischen Nationalversammlung zusammen. In den vier Jahren parlamentarischer Arbeit sind an größeren sozialpolitischen Gesetzen zustande gekommen: das schon erwähnte Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung, das Betriebsauschüßengesetz und zuletzt das Gesetz über den Ausbau der Krankenversicherung und die Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenernährung der Arbeiter. In dem Gesetz über die Betriebsauschüsse kommt deutlich die Abneigung der Unternehmerklassen dieses Staates gegen das Verlangen der Arbeiter zum Ausdruck, in den Betrieben bei der Regelung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse mitzuwirken. Es geht lange nicht so weit als das Betriebsauschüßengesetz in Österreich und reicht nicht einmal an die Bestimmungen des deutschen Betriebsauschüßengesetzes heran. Es ist außerdem so voller Mängel und Unklarheiten, daß selbst in Regierungskreisen die Notwendigkeit, das Betriebsauschüßengesetz zu modifizieren, nicht mehr bestritten wird. So unzulänglich das Gesetz über die Betriebsauschüsse auch ausgefallen ist, geht es doch immer den Unternehmern zu weit. Wo diese nicht auf entschiedenen Widerstand der Arbeiter stoßen, verstoßen sie seine Bestimmungen im weitesten Bogen aus. Noch deutlicher jedoch als bei der Schaffung des Betriebsauschüßengesetzes hat sich bei der Beratung der Sozialversicherungsgesetze die Unternehmerklasse durchzusetzen vermocht. Den politischen bürgerlichen Parteien in der tschechoslowakischen Regierungskoalition ist es möglich gewesen, die Selbstverwaltung der Versicherung in den Krankenkassen nahezu vollständig aufzuheben. Sie haben außerdem die Verschlechterungen in den Leistungen der Krankenversicherung erzwingen, die für die Arbeiter überaus empfindlich sind.

In sehr vielen Fragen des Arbeiterschutzes hat die Tschechoslowakei noch manches nachzuholen.



So gelten immer noch die veralteten Bestimmungen des sechsten Hauptstückes der alten österreichischen Gewerbeordnung für das Arbeitsverhältnis in den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien, während für die Slowakei bis jetzt die Bestimmungen des ungarischen Gewerbegesetzes aus dem Jahre 1884 maßgebend waren. Eine Aenderung der Gewerbeordnung ist zwar in Aussicht genommen, man kommt aber über die Umfragen nicht hinaus. Wie in der Tschechoslowakei sozialpolitische Fragen von größter Bedeutung überhaupt behandelt werden, dafür bilden die Vorarbeiten zur Schaffung eines Urlaubsgesetzes für Arbeiter und das Schicksal der Gesetzesvorlage über die Regelung der Arbeitsvermittlung einen bezeichnenden Beweis. Vor zwei Jahren schon kündigte das Ministerium für soziale Fürsorge an, daß es dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Einführung von bezahlten Urlauben für Arbeiter vorzulegen beabsichtigt. Im Vergleich befindet sich bereits ein Urlaubsgesetz. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ging an die Unternehmerverbände, an die Handelskammern und an die Gewerkschaftszentralen. Außerdem fanden im Ministerium für soziale Fürsorge Besprechungen über die betreffende Gesetzesvorlage statt, an der Vertreter der Arbeiter und Industriellen teilnahmen. Die Unternehmer verhielten sich vom Anfang abnehmend gegen die gesetzliche Einführung von Urlauben für Arbeiter und haben es durchgesetzt, daß bis heute das Ministerium für soziale Fürsorge mit der Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes zurückgehalten hat. Um die Unternehmer umzu-

stimmen und einem Urlaubsgesetz für Arbeiter geneigt zu machen, will nun die Regierung daran gehen, die alt eingelebten Feiertage, Oster-Montag, Pfingst-Montag und den zweiten Weihnachtstagsfeiertag aufzuheben. Das Gesetz über die Arbeitsvermittlung wieder ist im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses durchberaten und beschlossen worden. Der Bericht an das Abgeordnetenhaus aber konnte nicht erstattet werden, da der Budgetausschuss das Gesetz nicht erledigt. Von den Agrariern wird nämlich gegen einige Bestimmungen Anwendung erhoben und das Gesetz, die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf unabsehbare Zeit hinaus zu verschieben. Im Ministerium für soziale Fürsorge hat man ferner daran gedacht, einen Gesetzentwurf über den Schutz der Kollektiv-Verträge im Parlament einzubringen, aber auch da ist die Regierung vor dem Widerstande der Unternehmern zurückgewichen. Ohne Unterchied erklären die Industriellen, es sei bereits genug an Sozialpolitik und Arbeiterchutz in der Tschechoslowakei geleistet worden. Die Volkswirtschaft könne mehr nicht ertragen, deshalb müsse eine Ruhepause in der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten. Nun ist zwar im Vergleich zur Arbeiterschutzgesetzgebung anderer Staaten die der Tschechoslowakischen Republik nicht die zurückgebliebenste, aber keineswegs steht sie an erster Stelle, sie übertrifft insbesondere nicht die jener Staaten, in denen die Arbeiterklasse unmittelbaren Anteil an der Regierungsmacht besitzt.

## Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

### Ein Problem für den internationalen Kongress für Sozialpolitik.

Kurze Zeit nachdem eine berauschte Konjunktur die Menschen über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges getäuscht hatte, brach — von Amerika ausgehend — die größte Wirtschaftskrise aus, trat die gewaltigste Arbeitslosigkeit auf, die die kapitalistische Welt bis dahin erlebt hatte. Die Tschechoslowakei, ein Industriestaat im Herzen Europas, hat unter dieser Krise besonders gelitten, die höchste Zahl der Arbeitslosen wurde mit 441.000 zu Beginn des Jahres 1923 erreicht. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen seither ständig gesunken ist und Ende Juni die Ziffer von 87.000 erreichte, bleibt der Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit doch eines der brennendsten Probleme auch dieses Staates.

Wir Sozialisten unterscheiden uns in der Auffassung dieses Problems gewaltig von den bürgerlichen Nationalökonomern. Während letztere Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit als Folge Ausschreitungen der kapitalistischen Gesellschaft ansehen, gehen wir von der Anschauung aus, daß die Ursachen der ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft liegen und daß diese erst verschwinden mit der kapitalistischen Gesellschaft selbst. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung erzeugt nicht um des Menschen, sondern um des Profites willen, keine menschliche Organisation bringt die Erzeugung der Waren mit ihrem Verbrauch in Einklang. Wie groß der Bedarf der Menschen an Waren ist, stellt sich erst nachträglich heraus, wenn schon die Fabriken mehr erzeugt haben, als die Menschen kaufen können.

Verbessert werden auch wir Sozialdemokraten alle Maßnahmen, die der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit dienen, mit aller Energie unterstützen. Wohl lassen sich die Krisen auf der Grundlage einer Gesellschaft, für die das Privateigentum an den Produktionsmitteln Grundgesetz ist, nicht beseitigen; wohl aber lassen sich die Wirkungen der Krise für die Arbeiterschaft mildern. Gerade die gewaltige Weltkrise des Kapitalismus in den letzten Jahren hat die wissenschaftliche Nationalökonomie und Sozialpolitik der ganzen Welt zu Untersuchungen über die Mittel der Abmilderung der Krisen angeregt, eine ganze Literatur ist entstanden, in die feinsten Verästelungen des Wirtschaftslebens ist die Wissenschaft vorgedrungen, um die Krise in allen ihren Auswirkungen zu beschreiben und so die Mittel zu finden, mit denen die Menschen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung einen gewissen Einfluß auf den Verlauf der Krise ausüben können. Ueber den gegenwärtigen Stand der Forschung läßt das gedruckt vorliegende Referat des besagten Universitätsprofessors Ernest Mehlis, das dem internationalen sozialpolitischen Kongress in Prag erstattet wird, eine instructive Uebersicht.

### Welches sind die Mittel der Linderung der Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen?

1. Um die Arbeitslosen vor dem Verhungern zu schützen, hat man in verschiedenen Ländern die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. In der Tschechoslowakei ist dies zum erstenmal durch das Gesetz vom 10. Dezember 1918 geschehen, das dann später verschiedenen Aenderungen unterworfen wurde und am 1. März 1925 verkündet ist. Von da ab soll die Arbeitslosenunterstützung auf Grund des sogenannten Genter Systems (Gesetz vom 19. Juli

1921) erfolgen, dessen Wesensinhalt die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit Staatsbeiträgen ist. Die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz ist soeben erschienen.

2. Ein besseres Mittel als die Arbeitslosenunterstützung ist die Arbeitslosenversicherung. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung besteht darin, daß in der Zeit geschäftlicher Hochkonjunktur Beiträge bezahlt werden, aus denen die Entschädigungen für die Zeit der Krise geleistet werden. Die Möglichkeit, die Arbeitslosenversicherung in der Tschechoslowakei einzuführen, ist gerade jetzt dadurch veräußert worden, daß man in die Sozialversicherung die Versicherung der Arbeitslosen nicht einbezogen hat. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben diesen Mangel an dem Gesetz — leider ohne Erfolg — bekämpft.

3. Eine notwendige Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung oder der Arbeitslosenversicherung ist eine gut ausgebauten Arbeitsvermittlung, welche unter starkem Einfluß der Gewerkschaften stehen muß. Gerade in der Zeit der Krise ist die Notwendigkeit, eine klare Uebersicht über den Arbeitsmarkt zu schaffen und damit den Arbeiter dorthin zu bringen, wo man ihn braucht, besonders dringend.

4. Eine große Rolle nach dem Kriege spielte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Wohnungsfrage. Der Mangel an Wohnungen hat vielfach die gesellschaftlich gefährlichste Freizügigkeit der Arbeiter tatsächlich aufgehoben. Gerade in der Zeit der Krise, beziehungsweise beim ersten Aufblühen der guten Konjunktur kommt es vor, daß Arbeiter an einem anderen, oft weit entferntem Ort arbeiten müssen. Deswegen sind billige Verkehrsverhältnisse eines der Mittel, um die Ueberwindung der Krise zu erleichtern. Am weitesten ist da Belgien gegangen, wo die Hälfte aller Reisenden mit Arbeiterkarten fährt. Auch in der Tschechoslowakei sollte dieses Mittel ernstlich erwogen werden, weil es auch bei einer Umstellung der Industrie bedarf, wenn wir aus der chronischen Wirtschaftskrise einigermaßen herauskommen wollen.

5. Als Mittel, diese Umstellung der Industrie zu fördern und planmäßig die Anzahl der Arbeiter auf die einzelnen Industriezweige zu verteilen, wird die Berufsberatung der Jugendlichen sowie die Umschulung der Arbeiter auf ein anderes Arbeitsgebiet hingewiesen. Zur Umstellung der Arbeiter gehört auch die Auswanderung, die Verschiebung der Arbeitermassen von einem Lande ins andere.

Ein altes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit sind Notstandsarbeiten, die naturgemäß nur eine vorübergehende Maßnahme sein können.

7. Einen beachtenswerten Versuch zur Eindämmung der Wirtschaftskrise haben die Vereinigten Staaten zu Beginn des Jahres 1923 unternommen. Ueber Anregung des Handelsministers Hoover wurden damals, in der Zeit der Hochkonjunktur, die öffentlichen Arbeiten gedrosselt, um sie für die Zeit der Krise aufzusparen. Diese Verschiebung der öffentlichen Arbeiten auf die Krisenzeit ist gleichfalls geeignet, die Zahl der Arbeitslosen zur Zeit des Höhepunktes der Krise zu vermindern.

8. Der erwähnte Berichterstatter verspricht sich sehr viel von der Einwirkung auf die Preise. In der Zeit der Konjunktur steigen die Preise bis zu dem Punkt, da der Markt nicht mehr aufnahmefähig ist, da also die Krise eintritt und die Preise wieder zu fallen beginnen. Professor Mohan geht von der Ansicht aus, daß der staatliche Druck auf die Preissteigerung in der Konjunkturzeit geeignet wäre, das Eintreten der Krise hinauszuschieben, beziehungsweise die Krise in ihren Auswirkungen zu beschränken. Unsere

## Der Genfer Vertrag vor dem Plenum.

Genf, 1. Oktober. (Tsch. B.-B.) Die schwere, andauernde Arbeit, die in den fünf Wochen der heutigen Versammlung geleistet worden ist, hat ihren Gipfelpunkt erreicht.

Der Plenarversammlung wurde heute das Ergebnis der Arbeiten vorgelegt: der definitive Protokollentwurf über die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten mit umfangreichen Berichten der Berichterstatter der Ersten und Dritten Kommission und mit Resolutionen, welche den Staaten die Annahme und die Ratifizierung des Protokollentwurfes empfehlen und die Mittel bestimmen, welche zu der Durchführung des Protokollentwurfes führen sollen. Als erster ergriff der Berichterstatter der Ersten Kommission, Politis, das Wort. Er erklärte, daß das Werk, welches heute der Versammlung vorgelegt wird, schon von heute an die Aufrechterhaltung des Friedens garantierte. Das Werk werde den Vorkrieg haben, daß seine Bestimmungen bei den Staaten bösen Willens Angst vor Sanktionen erwecken, und wenn auch dieser Präventiveinfluß unwirksam wäre, so sei doch der angreifende Staat der Gefahr aus, daß er von der gesamten Kollektivität bestraft werden wird. Ist irgend ein Staat überfallen, hat er Garantien dafür, daß sich die übrigen ihm zur Seite stellen und ihn schützen werden. Das vorgelegte Werk gibt natürlicher Weise nicht die volle Genugung. Es ist dies der erste Schritt, denn wir leben noch unter dem Einflusse des Krieges und der Völkerbund tritt in eine neue Phase ein, indem er die Gerechtigkeit sichert nach Sicherung des Friedens.

Dr. Venes erklärte, er wolle in der Versammlung nicht wiederholen, was er in der Dritten Kommission bereits gesagt hat. Er sehe es aber als notwendig an, eine kurze Uebersicht dessen zu geben, was getan worden ist. Wenn der erste Teil des Protokollentwurfes die Bestimmung hat, die Entstehung von Konflikten zu verhindern, beschließen der zweite Teil logisch diesen Bau. Er

befasste sich mit dem Konflikte, sobald dieser ausgebrochen ist, indem die Funktionierung des Systems der Sicherheiten und Sanktionen festgestellt wird. Die wichtigsten sind hier die Fragen, wie das System der Sanktionen in Bewegung gebracht wird, welcher Natur die Sanktionen sind, die angewendet werden, und welchen Umfang sie haben. Das Anknüpfen des Systems der Sanktionen ist mit der Definierung und Konstatierung des Angreifers eng verbunden. Da in dieser Richtung Zweifeln sehr wenig Raum gelassen worden ist, ist das ganze System beinahe ein mechanisches. Es werden wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen ebenso appliziert wie militärische, wenn diese notwendig sein werden.

In der Nachmittags Sitzung begann sofort die allgemeine Aussprache über das Genfer Protokoll. Als erster Redner ergriff der Holländer Loudon das Wort, der das vollbrachte Werk würdigte und betonte, daß die ganze Beratung der Abrüstungskommission die Ueberflüssigkeit des Garantiepalles darzulegen habe. Sodann bestieg der stürmische, lang anhaltende Beifall begrüßte, Aristides Briand die Tribüne. Im Namen der französischen Delegation und Regierung erklärte er, daß Frankreich dem Protokolle zustimme und es unterzeichnen werde.

Lord Parmoor (England) erklärte, daß die britische Delegation all ihren Einfluß aufbieten werde, um die Regierung zur Unterzeichnung des Protokollentwurfes zu veranlassen.

Senator Scialoja (Italien) stellte fest, daß zum erstenmale ernstlich versucht worden sei, den Krieg durch Schiedsprüche zu erlösen. Im Prinzip hat man nun beschlossen, sich an die im Falle vorgesehenen Sanktionen zu halten. — Die Debatte wird in einer Nachsitzung fortgesetzt werden.

## Der sibirische Expreß.

Roman von Franz Keller.  
Copyright by G. Müller, München.

„Bist du verrückt oder bist du bei Trost? Ich weiß nicht, was ich glauben soll.“

„Ich bin komplett verrückt. Jetzt fährst du zu — wie heißt doch die Firma, die dich begaunern wollte?“

„Wroblewsky.“

„Jetzt fährst du zu Wroblewsky. Du sollst sie begaunern. Das Spiel liegt zu deinen Gunsten. England hat manchmal die verraten, die von ihm abhängig waren, aber nie hat es freiwillig einem Rivalen den Platz geräumt!“

„Aber Herrgott! Herrgott!“ rief Brandstedter. „Wir haben ja keine Beweise! Unser einziger Zeuge ist durchgegangen!“

„Du hättest ihn aufstehen lassen, ich habe es dir doch zugesichert.“

„Du sprichst immer nur von Menschen erwürgen und Menschen erschlagen. Ich begreife, daß sie dich eingetafelt haben.“

„Ach auch! Zu Wroblewsky!“

Ein graunähriger Freistaatspolizist zu Pferde winkte ihnen ungeduldig weiterzufahren. Sein Blick fiel auf Brandstedters Gast und blieb an ihm wie festgebunden hängen. Der Narr hatte den Automantel ausgehoben und darunter sah man sein einfaches als Alltagsgewandung überraschendes, schwarzes Trikot. Brandstedter bog langsam in die Portegasse ein und schwenkte dann in die Jopengasse hinüber.

„Wir sind nicht weit von deiner Behausung entfernt.“ sagte er.

„Ich möchte wissen, wie es dabei bei mir aussieht“, sagte der Narr. „Könnte Goldschmidt mich jetzt sehen, wäre meine Freiheit nicht viele Mark wert.“

Das Auto blieb stehen.

„Hier ist das Kontor von Wroblewsky.“

„Gut, Du hast doch Geld und Papiere bei dir?“

„Ja aber diesen Banditen mehrere Hunderttausend anzuzahlen, wo ich ein Schiff im Hafen habe und von der ganzen Geschichte wegsegeln kann! Das ist Wahnsinn!“

„Höchster Wahnsinn, höchst Weisheit. Sprich nicht so viel, wir haben Eile.“

Eine Stunde später verließ Brandstedter das Kontor der Firma Wroblewsky. In seiner Tasche hatte er ein rechtsgültiges Dokument, in dem die Firma Wroblewsky auf alle Forderungen und Ansprüche auf den Werksplatz verzichtet, die sie nach den Gesetzen des Freistaates Danzig erheben konnte. Der Chef der Firma, Wroblewsky, hatte eine Anweisung auf viermalhunderttausend Mark eingeholt. Er ging mit einem Bündel von geradezu blendender Sonnigkeit zur Tür. Brandstedter hatte alle Mühe, ihm nicht ins Gesicht zu schauen. Sein eigenes, kugelförmiges Antlitz war blaß und gestarrt.

„Alle Forderungen und Ansprüche, die nach den Gesetzen des Freistaates Danzig erhoben werden können“, murmelte er seinem Gast zu. „Und heute nacht denken sie —“

„Und heute nacht denken sie, den Freistaat Danzig bezuziehen und seine Gesetze abzuschaffen“, sagte sein Gast. „Dahaha! Kein ausgedacht! Aber du Narr, in dieser Nacht kann allerlei geschehen, was du nicht vorausgesehen hast!“

Dies letztere und eine lange Nase war an Direktor Wroblewsky gerichtet, der sie, strahlend vor Zufriedenheit, vom Fenster aus beobachtete. Die lange Nase machte ihn stuppig und sein Gesicht verlor etwas von dem Sonnenschein.

„Zum Kommissar“, rief der Narr. „Spate dich, wir haben Eile, Eile!“

3.

Das Gedränge auf den Straßen hatte noch zugenommen. Man sah sonderbare Typen. Menschen, die sonst in den Armenvierteln am Wallplatz und in Reufahrwasser dahim waren, aber heute vom Lande, von den großen Gütern. Die bummelsten durch die Straßen, sie sammelten sich vor den großen Ladenseitern; sie schienen nicht übel Lust zu haben, sie einzuschlagen. Sie gehorchten kaum, wenn die Freistaatspolizisten riefen: „Weitergehen, bitte!“ — Ueber den Langenmarkt kam ein Trupp englischer Matrosen im Sturmschritt in der Richtung zum Hafen marschiert. Ihre Augen glänzten vom deutschen Regnal; mit brüchigen Codnestimmen sangen sie ein Lied, dessen Refrain abwechselnd war:

Deutscher We—inbrand über a—les!  
und Hoo-ray, we sail to-day  
Hoo-ray, we sail to-day

Brandstedter sah seinen Begleiter an.

„Sie segeln heute und unser einziger Zeuge ist durchgegangen!“

Sie rollten die Langeasse hinauf, durch das Turmloch und hinab zu den Gruben. Vor einem großen Patrizierhaus hielt Brandstedter an.

„Hier ist es“, sagte er. „Aber —“

„Kein Aber! England hat manchmal seine Bundesgenossen im Stich gelassen, aber es hat nie freiwillig einem Rivalen den Platz geräumt. Gib mir deine Autobrille.“

„Gedenkst du drinnen beim englischen Kommissar mit der Autobrille zu erscheinen?“

„Nein, aber in meinem Wartezimmer!“

Der Narr knöpfte sorgfältig den Automantel über seinem Tricotanzug zu. Seine Augen glitzerten vor Lebensfreude. Brandstedter gab ihm die Brille. Sie gingen die Treppe hinauf, deren Höhe Jakob Hopt abgehakt hatte, die Geheimnisse seines Vaterlandes persönlich zu verkaufen. Das

Empfangszimmer des Kommissars lag im ersten Stock. Im Wartezimmer sah ein einzelner Herr und wartete darauf, vorgelassen zu werden.

Bei Brandstedters Eintritt erhob sich ein anderer Herr mit Koteletten und in Livree von einem Stuhl und kam ihm entgegen. Er hatte ein Gesicht, das aus Untapercha geknetet zu sein schien, und ein Lächeln, das aus tausend Lachgrübeln wie aus ebenso vielen Facetten leuchtete. Er fragte Brandstedter nach seinem Namen und seinem Anliegen. Brandstedter gab ihm seine Visitenkarte. Der Livrierte lächelte billigend.

„Und ihr Anliegen?“

„Politische Angelegenheiten von großer Bedeutung.“

„Und dieser Herr?“

„Nur ein Freund!“

„Ein Freund?“

„Ja, mein — mein Sekretär.“

Brandstedter und der Narr nahmen in der Ecke neben der Türe Platz, wo es am dunkelsten war.

Der Livrierte zog sich zu seinem Sessel zurück. Das Lächeln war aus seinem jovialen Gesicht verschwunden, ein grübelnder Ausdruck hatte es abgelöst. Mit der Buldoggharmonie seiner Nase starrte er den Mann im Automantel und der Autobrille an. Die Brille war in die Stirn hinaufgeschoben, wie um die Augen freizulassen; aber wie ihr Träger es nun anstellte, gelang es ihm, sich auf diese Weise noch besser zu maskieren, als wenn er sie vor den Augen gehabt hätte. Er sah regungslos da, den Automantel sorgfältig zugeknöpft und schien nur für eine Sache Augen zu haben — eine Karte des neuen Europa. Der Livrierte konnte nicht still sitzen. Ein Gedanke oder eine Erinnerung schien ihn zu quälen.

(Fortsetzung folgt.)

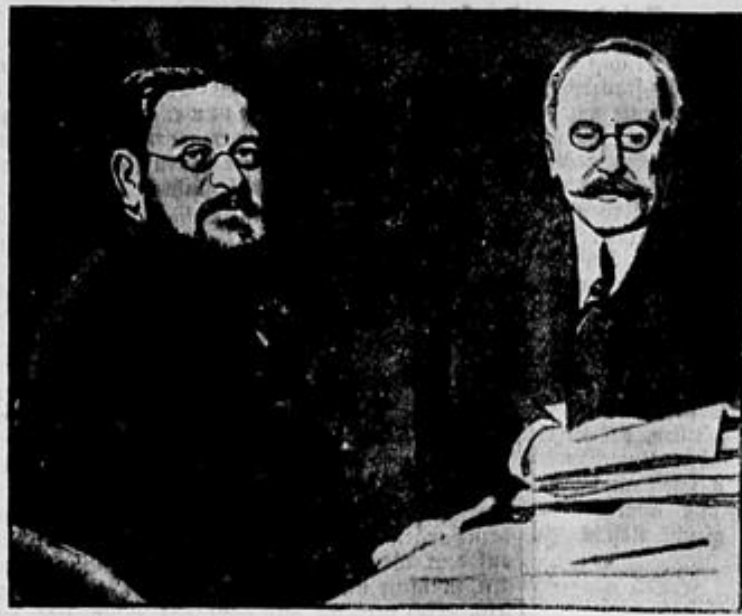


Erfahrungen aus der Zeit des Krieges zeigen uns die gewaltigen Schwierigkeiten der staatlichen Einwirkung auf die Preisbewegung innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystemes, der in diesem Falle die Entstehung eines we verzweigten Schleichhandels mit all den Neben für die ärmeren Bevölkerungsschichten zeitigt.

9. Von größeren Interesse sind auch die neueren wissenschaftlichen Untersuchungen über den Zusammenhang von Krise und Kreditpolitik. Wenn die Banken in den Zeiten der Konjunktur mit Krediten allzu freigebig sind, führt dies zu übermäßigen Investitionen der Industrie, wodurch die Konjunktur zwar bedeutend anwächst, aber auch die dann eintretende Krise von ungeheurer Ausmaße ist. Wenn also in der Zeit der Konjunktur in der Kreditgewährung vorsticht und pflanzt vorgegangen wird und die Konjunktur damit nicht übermäßig anschwillt, kann den ärgersten Auswirkungen der Krise begegnet werden. Der enge Zusammenhang zwischen Kreditpolitik und Krise wird darin offenbart, daß der Zeitpunkt des Umschlages von Konjunktur und Krise eintritt, wenn die Banken die Kredite einschränken. Das Mittel der Gesellschaften, auf diese Kreditgewährung Einfluß zu erhalten, ist die Zentralnotenbank. Sehr diese den Zinsfuß hinauf, wird der Kredit teurer, daher eingeschränkt. Da die Krise eine internationale Erscheinung ist, müßte nun ein gewisses internationales Einverständnis aller Zentralnotenbanken eintreten. Der Berichterstatter des Kongresses hält diesem Mittel besonderes viel, seine Meinung, daß dadurch die Krise überhaupt beseitigt und der Gang des Produktionsprozesses ein stetiger werden kann, ist, wie wir einleitend ausgeführt haben, falsch.

Die Erörterung aller mit der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme aus dem internationalen sozialpolitischen Kongress wird wohl nicht insofern als greifbare Ergebnisse zeitigen, als die auf dem Kongress durch Delegierte vertretenen Staaten die Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit sofort anzuwenden werden; immerhin werden die Verhandlungen dazu dienen, die Erkenntnis in die Begleiterscheinungen der Krisen der kapitalistischen Wirtschaft zu vertiefen und damit die Voraussetzungen gesetzgeberischer Maßnahmen auf diesem für die Arbeiterschaft so ungeheuer wichtigen Gebiete zu schaffen. Aufgabe der sozialistischen Demokratie ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, daß Wirtschaftskrise und Kapitalismus untrennbar mit einander verbunden sind und die Empörung, welche unter den Arbeitermassen die Krisenercheinungen hervorgerufen, für den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und für die Erringung des Sozialismus auszuwerten.

# Bilder zum Kongress.



Der heute zusammentretende sozialpolitische Kongress vereint in Prag zahlreiche hervorragende Sozialreformer und Sozialpolitiker. Unser obiges Bild zeigt zwei Vorkämpfer der sozialen Reformen in Frankreich. Es sind dies der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, der auch den Vorsitz des Prager Kongresses innehaben wird, und der französische Fürsorgeminister Godart, eine der Stützen des Herriotkabinetts.

Das ovale Bild stellt den zwischen Volkswirtschaftler Louis Breton vor, der gestern abends in der Prager „Urania“ über „Freihandel u. Schutz Zoll“ sprach. Das dritte Bild zeigt uns zwei führende Gestalten der Amsterdamer Internationale, links Joubert (Frankreich), rechts Dudgeest (Holland).

jahres. Wir sind davon überzeugt, daß es bei den breitesten Volksschichten auf volles Verständnis gestoßen wäre, wenn die tschechischen Sozialdemokraten aus diesem Verhalten der Koalition gegenüber der derzeit wichtigsten Forderung der Arbeiterschaft die Konsequenzen abgeleitet und wenn sie alles daran gesetzt hätten, damit durch Neuwahlen die Meinung der Bevölkerung über diese Kardinalfrage eingeholt worden wäre. Die Nachgiebigkeit der tschechischen Sozialdemokratie in weichen Ausmaßen seitens der bürgerlichen Weichling ausgenutzt. Die Sozialversicherung wurde zum Schachobjekt. Die Umwandlung der Vorlage im Parlament, die Zustimmung an den Ausschuss und schließlich die Beratung im Hause, alle diese Phasen mündeten durch ansehnliche Konzessionen an die bürgerliche Partei erkaufte werden. Dabei ist an die Vorlage selbst die Bedingung geknüpft, daß sie nicht früher in Kraft treten dürfe, bis die Vorlage betreffend die Versicherung der Selbständigen in Wirksamkeit tritt. Uebrigens muß berücksichtigt werden, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht einmal die Grundzüge für die Selbständigen-Versicherung festgelegt sind, ja, daß nicht einmal eine Einmütigkeit unter den Interessenten in bezug auf die Gestaltung der Selbständigen-Versicherung herbeigeführt erscheint. Die einen verlangen eine fakultative Versicherung, die anderen eine obligatorische. Die einen wünschen, daß die Sozialversicherung der Selbständigen alle Zweige der Versicherung umfasse, wählend die anderen lediglich für die Einführung der Altersversicherung plädieren, und so ist nicht abzusehen, wann die Vorlage, betreffend die Versicherung der Selbständigen, der parlamentarischen Beratung unterbreitet wird.

Die herrschenden Parteien in der Tschechoslowakei betrachten den Staat als einen Nationalstaat. Sie schließen die Deutschen systematisch von allen Instituten ab, bei denen sie dies nur halbwegs mit ihrem politischen Gewissen vereinbaren können. Sie haben den Deutschen keine Vertretung im Bodennamen gegeben, sie verzetteln die Durchführung der seit zwei Jahren fälligen Wahlen durch das Parlament für diesen Ausschuss, sie halten die Deutschen vom Bankamte fern, sie beraten alle Vorlagen in Finanzausschüssen, die ausschließlich von der Minorität dieses Staates angehört. Dieser Vorgang würde beobachtet, obwohl auch seitens der Tschechen wird zugegeben werden müssen, daß die Fachleute auf dem Gebiete der Sozialversicherung der Tschechoslowakei nicht nur unter den Tschechen zu suchen und zu finden sind. Diesem Umstande ist es auch mit zuzuschreiben, daß die Vorlage weder in sozialer noch in finanzieller Beziehung zu entsprechen vermag. Der ursprüngliche Entwurf der Fachkom-

Mitgliedern der Direktor, Buchhalter und Kassier durch die Zentralversicherungsanstalt bestellt werden, deren Disziplinargewalt sie auch unterliegen. Diese Beamten haben also auf den Vorstand und demzufolge auch auf den Umbau der Kasse gar keine Rücksicht zu nehmen. Die Dienstverträge, die die Zentralsozialversicherungsanstalt für diese Beamten ausarbeitet, unterliegen der Genehmigung des Ministers für soziale Fürsorge und des Finanzministers, was gleichbedeutend ist damit, daß die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Bewerber, die sich nicht mit Mittel- oder Hochschulbildung ausweisen, nicht in der Lage sind, den Anspruch auf eine Anstellung in einem Arbeiterinstitute in der Stellung eines leitenden Beamten geltend zu machen.

Für das ganze Gebiet der Tschechoslowakischen Republik, also für 2.600.000 Versicherte, ist eine Zentralsozialversicherungsanstalt mit dem Sitz in Prag errichtet. Diese Anstalt wird verwaltet durch den Ausschuss, der aus 12 Vertretern der Versicherten, 12 Vertretern der Arbeitgeber und 16 Fachleuten zusammengesetzt ist, von denen je die Hälfte der Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitgeber anzugehören haben. Der Vorsitzende der Zentralsozialversicherungsanstalt wird durch den Präsidenten ernannt. Ebenso ernannt der Präsident der Republik aus jeder der drei Gruppen einen Vorsitzenden-Stellvertreter. Die 24 Mitglieder aus der Gruppe der Versicherten und Arbeitgeber werden durch die Vorstandsmitglieder der Krankenversicherungsanstalt aus jeder dieser Gruppen gewählt. Die Mitglieder des Ausschusses und der Gruppe der Fachleute werden von der Regierung ernannt. Als selbstverwaltendes Organ kann also diese Institution nicht angesehen werden. Auch hier ist die dreigliedrige Direktion mit einer ganz besonderen Vollmacht ausgestattet. Die Zentralisationstendenzen, gegen die die Tschechen im alten Österreich sehr heftig und sehr erfolgreich Sturm gelaufen sind, treten hier erneut in der tschechischen Form auf. Im eigenen Staate haben die Tschechen für die Dezentralisation auf die Selbstverwaltung kein wie immer geartetes Verständnis.

Die hier aufgeführten Mängel werden von jedem Sozialpolitiker als ich wäre berechtigt der Vorlage angesehen werden. Für den, der die Verhältnisse in der Tschechoslowakei kennt, und der insbesondere mit der Verwaltungsmechanik der Tschechoslowakei vertraut ist, wird es aber offenkundig, daß diese Mängel eine schwere nationale und dadurch eine soziale Gefahr bedeuten. Diese Mängel müssen im Zusammenhang mit dem Sprachgesetze der Tschechoslowakei gewertet werden. Nach dem Sprachengesetze der Tschechoslowakei ist der Sprache der nationalen Minorität bei den Verwaltungsbehörden nur dort Rechnung zu tragen, wo die Minorität 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die Anwendung dieses Grundsatzes auf die Sozialversicherungsanstalten bedeutet, daß hunderttausende Versicherte das Recht in ihrer Muttersprache nicht zu finden vermögen, es ist also vielfach die Verletzung der Rechtsansprüche des Versicherten unmöglich geworden.

In der ursprünglichen Vorlage war vorgesehen, daß über den Beitritt zum Verband der Krankenversicherungsanstalten der Vorstand zu entscheiden hat. Auch diese Bestimmung ist den vereinigten Bemühungen der tschechischen Bürgerlichen zum Opfer gefallen und es wurde nun festgesetzt, daß die Vorstand und Ueberwachungsanschlüsse in gemeinsamer Sitzung zu entscheiden haben. Es sind Bemühungen am Werke, um diese, den Wirkungsbereich der Verbände schwer bedrohende Maßnahme außer Kraft zu setzen.

Die Verfasser des Entwurfes versuchen, sich selbst damit zu trösten, daß die materiellen Leistungen der Vorlage mit den materiellen Leistungen, die in Sozialversicherungsgesetzen anderer Länder enthalten sind, zu konkurrieren vermögen. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß dies vielfach zutrifft. Aber gerade die Verfasser des Entwurfes dürfen sich auf den Vergleich mit den Leistungen anderer Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung nicht beschränken. Nicht nur deshalb, weil die Perfektionierung der Sozialversicherung in diesen Staaten in Zeiten zurückdatiert, in welchen das Verständnis für die Fürsorge für den kranken und invaliden Arbeiter nicht allgemein in die Erscheinung getreten ist, sondern auch deshalb, weil sie selbst in ihrem ursprünglichen Entwurfe, in welchem sie nach ihren eigenen Aussprüchen sich nur auf Minimalleistungen beschränkt haben, Leistungen festgesetzt hatten, die die gegenwärtigen Leistungen um 20 bis 30 Prozent übersteigen. Eine Bestimmung, die in keinem anderen Sozialversicherungsgesetz vorzufinden ist, betrifft die Altersrente. Die Altersrente wird mit dem 65. Lebensjahr nur dann verabsolgt, wenn der Versicherte den Nachweis der Invalidität erbringt.

Der Zweck des Vorliegenden war es, die Grundzüge der tschechoslowakischen Sozialversicherung aufzudecken und aufzuzeigen, nach welchen Methoden hier in der Tschechoslowakei eine so wichtige, alle Völker dieses Staates tangierende Vorlage behandelt wird.

## Die Sozialversicherung in der Tschechoslowakei.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Session das Gesetz betreffend die Versicherung der Arbeitsnehmer über den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters verabschiedet. Diese Vorlage steht gegenwärtig im Senat zur Verhandlung und dürfte nach den Dispositionen der Finanzausschüsse der Koalition ohne Abänderung längstens im Verlaufe der nächsten Woche durchberaten werden.

Diese Vorlage wird nun als Beweis dafür angeführt, daß die Gesetzgebung der Tschechoslowakei den sozialpolitischen Wünschen und Forderungen in vollem Maße entspricht und es wird alles daran gesetzt, um die Teilnehmer des sozialpolitischen Kongresses die ganz besonderen Vorzüge des Sozialversicherungsgesetzes vor Augen zu führen. Niemand wäre froher als wir, wenn wir in diesen allgemeinen Jubel mit einstimmen könnten. Leider sind wir dies nicht in der Lage. Es soll anerkannt werden, und wir haben dies immer und immer wieder hervor, daß die tschechische sozialdemokratische Partei innerhalb der Koalition bemüht war, den Forderungen der Arbeiterschaft nach Schaffung einer entsprechenden Sozialversicherung zum Durchbruch zu verhelfen, und es muß auch gesagt werden, daß sie in dem Kampfe um eine brauchbare Sozialversicherung in der Koalition isoliert geblieben ist. Es muß aber ebenso hervorgehoben werden, daß bei Abschaffung des ursprünglichen Entwurfes der Fachkommission schwere Unterlassungen begangen wurden. Man hat bei der Abfassung des Entwurfes die politischen Machtverhältnisse innerhalb der Koalition überhaupt nicht berücksichtigt, man hat, wie aus den Darlegungen der Verfasser des Entwurfes hervorgeht, damit gerechnet, daß an dem Entwurfe keine Änderungen vorgenommen werden, so als man war ferner der Auffassung, daß man den sozialistischen Parteien innerhalb und außerhalb der Koalition bei der parlamentarischen Beratung ein Zugeständnis machen müssen. Dieser Optimismus, von dem insbesondere der Hauptverfasser des Entwurfes, Dr. Winter, befeuert war, hat bei der Beratung der Vorlage Schiffbruch gelitten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben alles daran gesetzt, um eine Verschlechterung der Vorlage herbeizuführen. Sofort, nachdem der Entwurf der Fachkommission vorgelegt worden war, hat der Finanzausschuss der Koalition, dem kein einziger Fachmann auf dem Gebiete der Sozialversicherung angehört, grundlegende Änderungen an der Vorlage getroffen. Das war im Mai des Vor-

## Eisenbahnunglück in Mainz.

Mainz, 1. Oktober. Auf den um 12.14 Uhr hier abfahrenden Baseler Schnellzug, der infolge eines Defektes im Tunnel zwischen dem Haupt- und Züschenhofes gezwungen war zu halten, fuhr der 12.18 Uhr hier abfahrende Personenzug auf. Bei dem Zusammenstoß gab es eine Anzahl Tote und Verletzte. Weiterführende Teil des Baseler Schnellzuges konnte weiterfahren. Die Bergungsarbeiten im Tunnel sind mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einzelheiten fehlen noch.



# Die Verträge von Washington auf dem sozialpolitischen Kongress.

Im Rahmen des sozialpolitischen Kongresses fand gestern vormittag um 10 Uhr die 12. Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung

## für gesetzlichen Arbeiterschutz

unter ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung statt. Nach Ansprachen des Vorsitzenden und des Professors Gruber namens der tschechoslowakischen Regierung, ehrte die Versammlung das Gedächtnis dreier verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sihen.

Zu Erlebnahme der Tagesordnung wurde zunächst der Finanzbericht genehmigt. In dem Verband wurde die polnische Vereinigung als neue Sektion aufgenommen; grundsätzlich wurde auch beschlossen, Bulgarien aufzunehmen, doch die Genehmigung seiner Statuten einem Ausschusse zu überlassen. Die Frage der Aufnahme Jugoslawiens und Letlands wurde aufs künftige Jahr verlegt.

### Zum Punkte

## „Stand der Ratifizierungen der internationalen Schutzverträge von Washington“

ergriff der Direktor des internationalen Arbeitsamtes

Albert Thomas

das Wort. Er führte aus, daß nach der Statistik diese Ratifikationen zugenommen haben, daß aber ein bloßer statistischer Zuwachs nicht maßgebend sei. Wenn jedoch auch so große Konventionen wie Indien und Japan mit der Unterzeichnung der Washingtoner Verträge beginnen, z. B. des Abkommens über Frauen- und Kinderschutz, dann ist ein gewisser Optimismus in dieser Richtung berechtigt. Es ist allerdings Sache der weiteren Propaganda der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und ihrer einzelnen Sektionen, bei ihren Regierungen die Durchführung der Ratifikationen zu fördern. Der Bericht Thomas wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Prof. Boissard (Frankreich) erstattete den Bericht über die Vorbereitungsarbeiten zum Kongress. Die hierzu bestimmte Kommission hat zwei Resolutionen ausgearbeitet, eine über die achtstündige Arbeitszeit und die zweite über die Betriebsräte. Ueber die Frage der Vorlegung dieser Resolutionen beim Kongress entspann sich eine sehr umfangreiche Debatte, an welcher sich zahlreiche Delegierte beteiligten. Nach der Debatte wurde beschlossen, die Resolutionen dem sozialpolitischen Kongress zur weiteren Behandlung vorzulegen.

Zum Punkte „Stand der Ratifizierungen der internationalen Schutzverträge von Washington“ wurde dann eine Resolution angenommen, wonach die internationale Vereinigung mit Freunden die Fortschritte der Ratifikationen von internationalen Arbeiterschutzabkommen begrüßt, die in Washington, Genf und Genua angenommen wurden, und wünscht, daß jede nationale Sektion sich verpflichtet, energisch bei ihren Regierungen auf die Durchführung der Ratifikationen hinzuwirken.

In der Nachmittagsitzung beantragte Dr. Stern (Tschechoslowakei) die Verschmelzung der Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit jener zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nach einer sehr umfangreichen Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich für die Schaffung einer Vereinigung für Sozialpolitik ausspricht, welche die Aufgabe hat,

- a) wissenschaftliche Forschungsarbeit zu leisten,
- b) die Erziehung der öffentlichen Meinung in den sozialen Reformen und den internationalen Arbeiterschutzverträgen zum Durchbruch zu verhelfen,
- c) eine Werbätigkeit für soziale Reformen zu entfalten.

Abends fand im Sitzungssaale des Budgetausschusses eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Vereinigungen für gesetzlichen Arbeiterschutz und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit statt. Nach einer regen Debatte wurde einstimmig eine zwölfgliedrige gemischte Kommission gewählt, die innerhalb eines Jahres die Frage der Verschmelzung der beiden Vereinigungen zu studieren und ihre Anträge der künftigen Versammlung vorzulegen hat.

## Die heutige Plenarsitzung des Kongresses

wird punkt 10 Uhr vormittags eröffnet. Namens der Regierung wird Minister Sabran sprechen. Zum Vorsitzenden wird Albert Thomas gewählt werden. Weiters werden in feierlicher Sitzung Greulich (Schweiz), Prof. Gruber und einige andere Redner sprechen. Man erwartet, daß die Diskussion über die achtstündige Arbeitszeit länger als einen Tag dauern wird. Ueber die Betriebsräte wird Hauptreferent, der ehemalige österreichische Staatskanzler Dr. Renner sein. Zur Frage der Arbeitslosigkeit wird der Begründer des Genfer Systems Parlez und der Pariser Prof. Rist sprechen.

# „Ein neues Kapitel des Friedens.“

## Berhandlungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag. — Friedensrede Herriots.

Paris, 1. Oktober. (Eigenbericht.) In der Eröffnungssitzung der deutsch-französischen Handelsvertragsberhandlungen, die heute um drei Uhr im Auswärtigen Amte stattfand, begrüßte Ministerpräsident Herriot mit auferordentlich freundlichen Worten die deutschen Delegierten. Er wies darauf hin, daß die jetzigen Verhandlungen die logische Fortsetzung der Verhandlungen von London seien. Es handle sich jetzt darum, einen fortlaufenden Austauschstrom zwischen Frankreich und Deutschland zu ermöglichen. Vor dem Kriege war in den letzten Jahren dieser Austausch von großer Bedeutung; die Zahlen beweisen daß der Wert der ausgetauschten Waren ungefähr derselbe auf beiden Seiten war. Diese engen Beziehungen wieder herzustellen, das sei die jetzige Aufgabe. Die französischen Unterhändler würden mit der größten Aufrichtigkeit an die Arbeit gehen und Herriot sei gewiß, auch bei den deutschen Unterhändlern die gleiche Absicht zu finden.

Herriot schloß:

Es ist ein neues Kapitel des Friedens, das wir versuchen werden zu beschließen. Einen Handelsvertrag unter diesen Umständen abzuschließen, ist mehr wie ein Kon-

trakt, der ausschließlich materielle Interessen berührt. Es ist ein Werk der Annäherung und der Kultur. Mögen die gemeinsamen Anstrengungen einen wichtigen Beitrag zur Schaffung jener neuen Welt bilden, die die französische Republik glühend herbeischnit.

Botschafter Dösch brückte seinen Dank für die Begrüßung aus und sagte u. a.: Die französische Regierung darf überzeugt sein, daß die Berhandlungen deutschseits in der bestmöglichen Weise geführt werden. In London ist das Ziel verfolgt worden, das Reparationsproblem aus der Politik herauszuheben und auf das Gebiet der praktischen Interessen zu verpflanzen. Die Verhandlungen, die heute beginnen, haben das gleiche Ziel. Gelingt es auch diesmal, zu einem Ergebnis zu kommen, so wird ein großer Schritt in der Richtung der Wiederherstellung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen getan und damit ein weiteres Stück auf dem Wege zur Regelung der Gesamtbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern zurückgelegt sein. Ich verhehle mir nicht, daß Schwierigkeiten bei den Verhandlungen entstehen können, doch hoffe ich fest, daß sie überwinden werden.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen morgen Mittag.

# Die 800 Millionenanleihe vor dem Abschluß.

London, 1. Oktober. Wie Reuter erfährt, haben die Vertreter der Morgangesellschaft und der Paul von England ihre Unterhandlungen über die deutsche Goldanleihe so gut wie abgeschlossen. Die Rechtsachverständigen der Bank von England haben bestätigt, daß die Bedingungen der Anleihe mit dem Landesbericht und dem Londoner Uebereinkommen im Einklange stehen. Der amerikanische Anteil der Anleihe ist endgültig auf 100 Millionen Dollars festgesetzt worden. Die Anleihe wird wahrscheinlich Mitte Oktober in allen Ländern zu gleicher Zeit aufgelegt werden. Der endgültige Verteilungsschlüssel ist noch nicht bestimmt. Die britische Quote werde wahrscheinlich zwischen zehn

und fünfzehn Millionen Pfund Sterling betragen. Augenblicklich unterhandeln holländische, schweizer und schwedische Bankiers mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in London.

Berlin, 1. Oktober. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird sich Reichsfinanzminister Dr. Luther heute nach London begeben. Die Verhandlungen, die in London über den Abschluß der deutschen 800-Millionen-Anleihe geführt werden und an denen auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilgenommen hat, seien, wie das Blatt weiter berichtet, soweit gediehen, daß mit einem unmittelbar bevorstehenden Abschluß gerechnet werden dürfte.

## Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteien.

Berlin, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler hat die Regierungsparteien für Donnerstag nachmittag zu Besprechungen über die Regierungsumbildung eingeladen. Er wird am Freitag mit den Sozialdemokraten verhandeln und hat für Sonnabend die Vertreter der Deutschnationalen zu sich gebeten. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt dazu: „Die Verhandlungen zwischen Marx und Hergt mögen sehr dramatisch werden oder von vorn herein im Sande verlaufen, die Sozialdemokratie hat selbstverständlich gar keine Ursache, sich ihrenwegen den Kopf zu zerbrechen. Sie hat sich bisher nie zur Regierung gedrängt und sie wird auch in Zukunft ihre Ein-

flussung abhängig machen von dem Programm, das befolgt werden soll. Daß innen- und außenpolitisch die sozialdemokratische Meinung das Gegenteil der konservativen und deutschnationalen ist, wird ja auch dem Reichskanzler nicht unbekannt sein.“

## Die Kämpfe um Shanghai.

London, 1. Oktober. Wie „Daily News“ meldet, dauern die Kämpfe um Shanghai an. Auf beiden Seiten sollen 2000 Verwundete zu verzeichnen sein. Der Luftkampf nimmt zu. Die Kinesen-Truppen sünden Trommelfeuer an.

## Demission der griechischen Regierung.

Athen, 1. Oktober. (Reuter.) Die griechische Regierung hat heute mittags demissioniert.

# Inland.

## Die deutsch. Bourgeoisie und der sozialpolitische Kongress.

Die „Bohemia“, das Hauptblatt der großen deutschen Bourgeoisie dieses Staates, widmet dem sozialpolitischen Kongress in Prag einen Begrüßungsartikel, in dem dieses Blatt, das sonst für Sozialpolitik ja nicht allzuviel übrig hatte, und lieber Betrachtungen über das Wohlbefinden der „Börseaner der Arbeit“ anstellte, plötzlich reges Interesse für sozialpolitische Fragen bekundet. Das wäre aber an dem Artikel der „Bohemia“ nicht das auffallendste, denn man ist es gewohnt, daß die bürgerliche Presse gerade in Fragen der Arbeiterjurisprudenz und sozialen Fürsorge gern ein doppeltes Gesicht zeigt, weil sie ja neben dem Kampf für die Interessen der Kapitalisten auch noch schwierige Aufklärungsarbeit zu leisten hat, die darin besteht, den ausgebeuteten Massen des Volkes immer wieder einzureden, daß es keine Klassen gebe, und daß dieses Minimum sozialer Gegenseite, das sich nicht einfach hinwegleugnen läßt, bei einigem guten Willen auf beiden Seiten durch diese oder jene kleine Reform leicht beseitigt werden könne. Aus diesem Grunde muß die kapitalistische Presse gelegentlich für sozialpolitische Reformen eintreten, wenn man auch hinter dem lächelnden Gesicht deutlich die Leichenbittermeine erkennt, die um jede für soziale Zwecke ausgegebene Krone wie um ein verlorenes Vermögen jammert. Was aber am Artikel der „Bohemia“ besondere Beachtung verdient, ist das freimütige Geständnis, daß die „Bohemia“ in einem Punkte mit der tschechoslowakischen Republik fast reiflos zufrieden ist. Die „Bohemia“, die sonst an diesem Staate kein gutes Haar läßt — wir lassen es dahingestellt, inwieweit ihre Kritik jeweils berechtigt oder nicht berechtigt ist — die sich so gern trotz ihrer aktivistischen Diktatorien zum Sprachrohr der Negativisten

macht und in jeder Beziehung an den Einrichtungen des Staates zu kritisieren hat, findet einmal, daß in sozialpolitischer Hinsicht die Tschechoslowakei alles Wünschenswerte geleistet hat. Das heißt, ganz zufrieden ist ja die „Bohemia“ noch nicht. Sie findet, daß in der tschechoslowakischen Republik beinahe etwas zuviel Sozialpolitik gemacht wird. Die Aufwendungen, die für sozialpolitische Maßnahmen getroffen wurden, scheinen der „Bohemia“ für die Kräfte des Staates, will sagen für den Geldsack der Kapitalisten etwas zu hoch gegriffen. Das Blatt stellt fest:

„Es wäre ein Unrecht, wollte man der Tschechoslowakei die Anerkennung versagen, daß sie auf sozialpolitischem Gebiete auf der Höhe der Zeit stehe. Es gibt nicht leicht einen Staat in Europa, der sich so sehr bemüht, alle Errungenschaften der Zeit in der Sozialpolitik so rasch und mit solcher Energie auszugreifen, wie die Republik, deren Hauptstadt eben dem Kongress ihre gastlichen Mauern geöffnet hat. Wenn man durchaus einen Vorwurf erheben wollte, so wäre es eher der, daß sie vielleicht ihre eigenen Kräfte eher überspannt und überschätzt, aber auf keinen Fall wäre die Klage berechtigt, daß die Sozialpolitik nicht gebührend gefördert wird.“

Die Sozialpolitik ist aber auch dasjenige Gebiet, auf dem die sogenannten Minderheitsnationen, die im tschechischen Staat ohne die Slowaken rund fünf Millionen Köpfe zählen, verhältnismäßig am wenigsten zu klagen haben. Hier, in der Sozialpolitik, ist von der in anderen Regionen des öffentlichen und privaten Lebens so hart empfundenen Benachteiligung und Zurücksetzung eigentlich am wenigsten zu spüren.“

Wie ein großes Streiflicht beleuchtet die famose Stellungnahme der „Bohemia“ den Charakter der deutschbürgerlichen Opposition zum Staate. Wer es noch nicht gewußt hat oder nicht glauben wollte, der kann sich jetzt überzeugen, daß es für deutsche und tschechische Bourgeoisie eine gemeinsame Basis

gibt; sie beide wollen eine sehr mäßige Sozialpolitik und bebauern, daß die bösen Sozialisten bei aller Nachgiebigkeit des tschechischen Flügels der Arbeiterpartei immer noch zu viel an sozialpolitischen Errungenschaften durchgesetzt haben. Zwischen den Zeilen liest man den Wunsch nach „gedächtnisvoller“ Zusammenarbeit der beiden Bourgeoisien zur gemeinsamen Verschlechterung der Sozialpolitik. Gerade dort, wo uns die Tschechoslowakei besonders rückschrittlich scheint, findet das deutsche Bürgertum sie ganz famos und durchaus auf der Höhe. Ein bißchen weniger Sozialpolitik und die deutsche Bourgeoisie hat an dem Staate nichts mehr auszusuchen! Er ist dann ebenso auf der Höhe wie die „Bohemia“ ihrerseits mit ihrer durchaus charaktervollen Opposition auf dem Gipfel dessen angelangt ist, was man sich an journalistischer Demagogie leisten kann.

## Nachtlänge zum Troppauer Präsidentenempfang.

Aus Troppau wird uns geschrieben:

Unter dem Druck der deutschen nationalsozialistischen Maulhelden haben sich die bürgerlichen Gemeinderäte in Troppau trotz der Warnung der deutschen Sozialdemokraten gegen die Beteiligung der Stadt am Präsidentenempfang ausgesprochen. Im übrigen beteiligten sich die deutschbürgerlichen Gemeinderäte persönlich wohl am Empfang, nicht aber in ihrer Eigenschaft als Gemeinderäte! Für diese Dummheit mußten die Interessen der Stadt hintangefegt werden. Es wäre auch die selbstverständliche Pflicht des Bürgermeisters von Troppau gewesen, alle mit dem Präsidentenempfang zusammenhängenden Fragen mit den Vertretern der übrigen deutschen Parteien zu beraten. Der Troppauer Bürgermeister hat aber nur den Vertretern der deutschen Nationalsozialisten von seinem Vorgehen Mitteilung gemacht und unsere Partei vollkommen übergegangen. Der Bürgermeister hat eigenmächtig oder nur nach Beratung mit den ihm politisch nahestehenden Parteien in allen Fragen des Präsidentenempfangs gehandelt; er allein und die ihn bedenkenden deutschbürgerlichen Parteien haben hierfür die volle Verantwortung getragen. Die Troppauer Deutschnationalen sind aber davon weit entfernt. Zuerst haben sie willkürlich den Topf zerschlagen und jetzt verlangen sie, daß die an ihrer Dummheit Unbeteiligten die Prügel mittragen sollen. Die Troppauer deutschen Sozialdemokraten lehnten es ab, die parteipolitischen Dummheiten der Deutschnationalen und den inhaltlosen, die wirklichen Interessen der deutschen Bevölkerung nur schädigenden Maulradikalismus zu bedenken.

Als in der letzten Sitzung des Troppauer Gemeinderates Bürgermeister Klanz die Vertrauensfrage stellte, gab für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Fiedler eine Erklärung ab, in der es hieß:

In der Begründung der politischen Landesverwaltung Schließens über die Auflösung des Troppauer Magistrates wird an erster Stelle das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien gelegentlich des Präsidentenbesuches angeführt. Für das damalige Verhalten können die deutschbürgerlichen Vertreter keinerlei Entschuldigungsgründe auführen, sie haben mit vollem Bewußtsein nach ruhiger Ueberlegung trotz unserer in öffentlicher Sitzung rechtzeitig ausgesprochenen Warnung, sich zu diesem Verhalten entschlossen. Was die Frage der Schuldigen in der unglücklichen Lösung der Befragung der Stadt betrifft, so stellen wir fest, daß der Bürgermeister darüber weder den Gemeinderat, noch die übrigen deutschen Parteien, noch seine Stellvertreter um ihre Meinung gefragt hat. Dieses Verhalten in einer so wichtigen Frage zeigt zweifellos mangelndes Bewußtsein demokratischer Verpflichtungen und muß deshalb der Bürgermeister hierfür allein die Verantwortung tragen. Da überdies die Zustimmung zum Vertrauensvotum als einer Entbehrung des Verhaltens der deutschbürgerlichen Parteien beim Präsidentenbesuch gleichförmig, sind wir nicht in der Lage, für ein Vertrauensvotum zu stimmen.

Im Namen der drei vereinigten deutschen Parteien Deutsche Nationalpartei, Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, Deutsche christlich-soziale Volkspartei, gab Stadtrat König eine Erklärung ab, in der dem Bürgermeister, ohne auf die Angelegenheit des Empfangs des Herrn Präsidenten einzugehen, das volle Vertrauen mit der Aufforderung ausgesprochen wird, weiterhin auf seinem Posten als Bürgermeister zu beharren.

Der Vorsitzende ließ über den Antrag König abstimmen. Dafür stimmen die anwesenden Gemeinderäte der deutschen Nationalpartei, der Deutschen Nationalsozialisten und der deutschen Christlichsozialen, dagegen die tschechischen Parteien. Die deutschen Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

## Es dümmert.

Der Dr. Jaroslav Kubista, Direktor des tschechischen Realgymnasiums in Aussig, bekannt als einer der schärfsten tschechischen Nationalisten, scheint eingeschoben zu haben, daß die von ihm bisher verfolgte extrem nationale Politik nicht gerade ein Glück für die Angehörigen der eigenen Nation bedeutet. In der Dienstagnummer der „Tribuna“ findet sich ein mit seinem vollen Namen gezeichneter Artikel, indem er sich mit der „Verbreiterung des nationalen Herrschaftsgebietes“ beschäftigt. Es sind wesentlich andere Worte, als wir sie bisher zu hören gewohnt wären. Herr Kubista geht aus von der Tatsache







**Wilhelm fand den Hunger von Millionen „interessant“.** Der „Fester Lloyd“ veröffentlichte gestern Tagebuchaufzeichnungen einer ungenannten hochstehenden Persönlichkeit, die sowohl mit Kaiser Franz Joseph als auch Kaiser Wilhelm auf dem Dufschiff stand. Dieser Persönlichkeit sagte Franz Joseph kurz vor seinem Tode: „Sage dem Kaiser Wilhelm, daß unsere Not sehr groß ist. Was mir große Sorge macht, das ist unsere Verpflegung, weniger die der Armee wie die des gesamten Volkes. In den Alpenländern sieht es schlimm damit aus.“ Der Beauftragte erstattete in Meß Kaiser Wilhelm Bericht über diese Tatsache, worauf Wilhelm ohne sichtliche Erregung erwiderte: „Das mußt du Ludenthorff und Hindenburg sagen, denn es ist wichtig und interessant.“ Als dies geschah, äußerte sich sowohl Ludenthorff als auch Hindenburg sehr abfällig über Oesterreich, auf das kein Verlaß wäre.

**Riesenschilderbstahl in Düsseldorf.** In der städtischen Kunstgalerie in Düsseldorf wurden acht der wertvollsten Bilder aus dem Rahmen geschnitten und gestohlen. Es befinden sich darunter Bilder von Böcklin, Schwind, Liebermann, Knauts und Marees. Die Düsseldorfer Polizei hat eine Belohnung von 20.000 Mark für die Ergreifung der Diebe ausgesetzt.

**Montag Amerikasfahrt des „J. R. III.“** Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, sind die amtlichen Stellen des Luftschiffwesens in Lakehurst im Staate New-Jersey verständigt worden, daß der neue Zeppelinkreuzer seine Amerikasfahrt am Montag antreten wird. Die Besatzung des Schiffes wird aus 28 Personen bestehen. An Passagieren werden bloß drei Mitglieder der amerikanischen Prüfungskommission und der künftige amerikanische Kapitän des Luftschiffes Steel an der Fahrt teilnehmen. Die Fahrtroute des Luftschiffes steht noch nicht fest. Jedenfalls soll das besetzte Gebiet, Nordfrankreich und Belgien nicht überflogen werden, da die französische Regierung die Erlaubnis zum Überfliegen dieses Gebietes von der Bedingung abhängig gemacht hat, daß ein Vertreter des französischen Kriegsministeriums an der Fahrt teilnehmen müsse, was von der Luftschiffführung abgelehnt wurde. — Die große Zeppelinhalle in Friedrichshafen muß noch in diesem Jahre abgebrochen werden. Eine interalliierte Kommission wird in Friedrichshafen eintreffen, um den Abbruch zu überwachen. Bestehen bleibt nur noch die kleine Halle, in der man mit dem Bau von kleineren Luftschiffen bis 30.000 Kubikmeter Gasinhalt, wie es der Friedensvertrag gestattet, beginnen wird.

**Feldat eines Kapitäns.** Der englische Kapitän Worsley, welcher das Schiff „Ernest Shackletons „Endurance“ bei der Südpol-Expedition und bei dessen letzten Fahrt das Schiff „Quest“ kommandierte, hat sich, wie aus London gemeldet wird, in hervorragender Weise persönlich um die Rettung der Mannschaft des viermastigen Schoners „Athleen Kunie“ verdient gemacht, welcher während eines Sturmes bei den Orkney-Inseln gescheitert war. Während des heftigsten Sturmes sprang Worsley vom Vorderdeck des Schiffes ins Meer, wobei er ein Seil um den Körper gewunden hatte, und es gelang ihm, das Ufer schwimmend zu erreichen. Die Mannschaft konnte sich auf diese Weise aus dem rasch untertauchenden Schiffe auf dem am Ufer bestiegenen Seile retten.

**Ein kleines Flugzeug von 145 Kilogramm Gewicht.** Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Travemünde, daß ein Kasper-Kleinflugzeug mit einem 12-PS-Motor einen Höhenrekord von 1450 Metern aufgestellt hat. Das Schwerkraft des Apparates, Flugzeuges und Motors beträgt nur 145 Kilogramm.

**Schwere Verbrechen in Berlin.** Auf dem Gelände der Mercedes-Werke in Berlin-Neukölln fand

## Die Lohn- und Vertragsverhandlungen in der Porzellanindustrie gescheitert.

Wir haben am 24. September bereits mitgeteilt, daß die Lohn- und Vertragsverhandlungen in der Porzellanindustrie am 22. September resultatlos abgebrochen werden mußten, weil die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, zu einer generellen Erhöhung der Löhne von ihrer Vollversammlung keinerlei Vollmacht zu haben. Die Kündigung des Lohnabkommens durch den Verband der Keramarbeiter haben die Unternehmer damit beantwortet, daß sie nun mittels Zuschrift an den Verband vom 26. September ihrerseits den Rahmenvertrag bis Samstag den 27. September sechs wöchentlich aufkündigen. Die von dem Verband erfolgte Kündigung des Lohnabkommens endet mit 18. Oktober, die Wirksamkeit des Rahmenvertrages läuft am 8. November d. J. ab.

Schon aus dieser Vorgangsweise der Unternehmerschaft ist zu ersehen, daß dieselbe nicht gewillt ist, ihren Arbeitern auch nur das geringste zu bewilligen. Die Vollversammlung der Arbeitgeber hat inzwischen stattgefunden und die gegenseitigen Verhandlungen wurden am Dienstag den 30. September fortgesetzt. Das Resultat dieser Verhandlungen ist die neuerliche glatte Ablehnung einer generellen Lohnerhöhung durch den Verband der Arbeitgeber.

Der Vorsitzende als Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärte den Delegierten der Arbeiterschaft ganz offen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung auch dann nicht gegeben werden könne, wenn der Nachweis der steigenden Indizes

man gestern früh einen Wächter erschlagen und die Revision ergab, daß ein Auto aus der Garage fehlt. Da auch drei Wagenwächter die Arbeit gestern früh nicht aufgenommen hatten, kamen diese als Täter in Betracht. Kaum hatte die Kriminalpolizei diese Feststellung gemacht, als aus Frankfurt a. O. die Meldung einlief, daß einer der Täter, wahrscheinlich von Weissenböden getrieben, den gestohlenen Wagen verlassen und der Polizei von dem Morde Mitteilung gemacht habe. Sofort machten sich Polizeibeamte im schnellsten Auto der Mercedes-Werke auf die Verfolgung der Räuber, die die Wäcker geäußert haben, nach der Tschepsholowater zu fassen. — Ein zweiter Verleumdungswitz in der Neichenbergerstraße gemacht. Dort zeigt ein Mann der Polizei an, er habe bei seiner Rückkehr seine Frau im Bette tot und das Zimmer mit Gas angefüllt gefunden. Da die ärztliche Untersuchung schwere Verletzungen an der Leiche ergab, die auf schwere Mißhandlungen an der Leiche ergab, die auf schwere Mißhandlungen zurückzuführen sind, wurde der Mann, der erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden ist, in Haft genommen, zumal er sich bei der Vernehmung in Widerspruch verwickelte.

**Auslandspass für Lote.** Der „Erfassende Kurier“ berichtet über ein Beispiel von Bürokratismus, das nicht gut übertriffen werden kann und dessen die Gemeinde Schiltigheim bei Straßburg sich rühmen darf. Der Friedhof dieser Gemeinde, der Helenefriedhof, liegt im Parkreis von Schiltigheim, aber sein Haupteingang befindet sich auf Straßburger Boden. Selbstverständlich werden alle Beerdigungen durch dieses Hauptportal geführt. Es muß daher für jeden Verstorbene, der auf dem Helenefriedhof zur letzten Ruhe geleitet wird, ein besonderer Pass ausgestellt werden, „ein Auslandspass“, wie ihn die Schiltigheimer benennen, um einen solchen Pass zu erlangen, ist ein Attest des Kreisarztes erforderlich, das 15 Franken kostet, eine Stempelgebühr für das Passbuch für 240 Franken, die Kosten für den Pass selbst fünf Franken und zum Schluß die Stempelgebühr von 650 Franken für das Leichenbegängnis, das als Handelsgeheimnis gilt. Wenn man noch das Tagesgeld für einen Polizeikommissar dazu rechnet,

als erbracht angesehen werden müßte. Die Arbeitgeber seien bereit, ihr letztes Angebot auf Erhöhung des Mindest-Durchschnittsverdienstes für Akkordlöhne und Erhöhung der Stundenlöhne, sowie Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützungsktion aufrecht zu halten, und bleiben mit diesem Angebot bis 11. Oktober d. J. im Wort.

Dieses Angebot mußte von den Delegierten der Arbeiterschaft schon deshalb abgelehnt werden, weil der überragend größte Teil der Keramarbeiterschaft bei dessen Annahme überhaupt keine Erhöhung der Löhne erfahren hätte. Eine Durchrechnung des Unternehmervorschlages hat ergeben, daß bei einer ganzen Reihe von Kategorien statt einer Erhöhung eine ganz bedeutende Herabsetzung der Mindeststundenlohnsätze eingetreten wäre.

Alle Bemühungen der Delegierten der Arbeiterschaft, die Vertreter der Arbeitgeber zu einem anderen Standpunkt zu bewegen, waren erfolglos und so blieb nichts anderes übrig, als die Verhandlungen resultatlos abzubrechen. Die unerhörte Rücksichtslosigkeit, mit der hier das bescheidene Verlangen der Arbeiter durch die Porzellanindustriellen zur Abweisung gelangt ist, hat in den Reihen der Arbeiterschaft eine starke Erbitterung hervorgerufen, für deren Folgen die Unternehmer allein verantwortlich sind. Die Herren haben den Wimpf gewollt, sie sollen ihn haben.

dessen Dienste man nötig hat, so belausen sich die Aesten für die Schildbürgerei auf 60 Franken, abgesehen von dem Zeitverlust, den die Formalitäten hervorrufen.

**Ueberschwemmungskatastrophe an der finnischen Küste.** Der starke West- und Südweststurm vom 23. September, der die Ueberschwemmung Petersburgs bewirkt hat, hat auch an der Nordküste des Finnischen Meerbusens arge Verwüstungen angerichtet. In Korka stieg das Wasser auf 140 Zentimeter über den Normalstand und hat eine Menge Waren in den Hafenspeichern verdorben. Die niedriger gelegenen Stadteile von Ålborg wurden überschwemmt und das Wasser drang in zahlreiche Warenlager und Geschäfte ein. In Jno wurden durch Sturm und Wasser große Verwüstungen angerichtet und in Terijoki stieg das Wasser drei Meter über normal, ein Wasserstand, der seit 100 Jahren nicht erreicht worden ist. Zahlreiche Mienen sind vom Sturm losgerissen worden und gefährdet die Schifffahrt.

**300.000 Tonnen Ruß in der Berliner Luft.** In der letzten Sitzung der eisenbahntechnischen Tagung berichtete Stadtbaurat Adler u. a., daß die in Berlin laufenden Eisenbahnen ein Drittel der Gesamtmenge an Ruß liefern, der in Berlin in die Luft gepufft wird, nämlich etwa 100.000 Tonnen jährlich, während die Gesamtmenge Ruß etwa 300.000 Tonnen beträgt. Also ein Luftortort ist demnach die deutsche Reichshauptstadt nicht.

**Der Hund im Gefängnis.** Der Gouverneur Baxter in Maene hat kürzlich einen Hund in das Gefängnis gebracht, wo er sein Leben lang bleiben soll. Das Tier hat feinerlei Schuld auf sich geladen, es hat vielmehr die schöne Aufgabe, die Insassen des Gefängnisses aufzuheitern und dadurch vielleicht Einfluß auf ihre spätere Lebensführung zu gewinnen. Gouverneur Baxter, ein großer Hundsfreund hat schon einmal wegen dieser Vorliebe in ganz Amerika von sich reden gemacht, als er nämlich bei dem Tode eines Lieblingshundes die offizielle Flagge auf Halbmast setzen ließ und damit weithin große Entrüstung erregte. Diesmal findet sein Tun aber sehr großen

Beifall. Er selbst erklärte seinen Versuch mit einer persönlichen Erfahrung. „Unser Staatsgefängnis wurde vor einiger Zeit vom Feuer zerstört, und ich mußte mich um den Wiederaufbau kümmern. Bei meinen Besuchen nahm ich immer einen Hund mit, und da bemerkte ich, eine wie große Freude die Sträflinge an seinem Anblick hatten. Sie zeigten ihre Liebe zu dem Tier auf alle Weise, und als ich eines Tages ohne den Hund kam, herrschte allgemeine Enttäuschung. Da kam mir der Gedanke, daß ein Gefängnis ohne einen Hund selbst für einen gelegentlichen Besucher eine gar zu öde Stätte ist, und ich beschloß, den Gefangenen einen Hund zu schenken. Nach langem Suchen fand ich einen weißen Schäferhund, der mir gerade das richtige Tier für diese Aufgabe zu sein schien. Der Kaplan erzählt mir, daß er niemals ein freundlicheres Tier gesehen habe. Er macht die Runde, kennt jeden Sträfling und Wächter, und überall, wo er erscheint, sieht man freudige Gesichter. Ich glaube fast, daß die Anwesenheit eines Hundes im Gefängnis die ganze Atmosphäre in dem Hause stark beeinflussen wird, da es die Leute in besserer Stimmung erhält. So wird der Hund beitragen, den Menschen einen großen Dienst zu leisten.“

**Ein „Kreuzzug“ gegen die New Yorker Theater.** Zu einem Kreuzzug gegen „Rachheit, Unfittlichkeit und Ruchlosigkeit“ auf der Bühne ruft der Bürgermeister von New York, Mr. Hylan, wie aus New York berichtet wird, auf. Der offenen Kampfansage soll zunächst der Versuch einer gütlichen Einigung mit den Theaterleitern vorangehen, zu welchem Zwecke eine Versammlung einberufen wird. Den Anlaß zu dieser Aktion haben die in der letzten Zeit allzu zahlreichen Beschwerden über die Entartung des New Yorker Theaterlebens geboten. Sollte der Versuch, die Theaterleiter zur freiwilligen Änderung zu bewegen, erfolglos bleiben, dann würde ein Kreuzzug gegen die Theater einsetzen, der, nach den Worten M. Hylans, den Theatern so viel Schaden zufügen würde, wie jetzt gewisse Städte anrichten. Es soll auch eine Kommission, bestehend aus den hohen Vertretern des Heeres, der Marine und der Polizei, einberufen werden, die gegen die Verpöchtung der amerikanischen Marine, wie sie eben jetzt in einem vielgespielten Stild gutgeht tritt, einschreitet.

**Ein Mann, der alles versteht.** Der Fall eines jungen Amerikaners, der gegenwärtig die Augenärzte seines Landes in nicht geringer Verlegenheit, da sie sich die merkwürdige Verfehrtheit seiner Art, zu sehen, nicht zu erklären vermögen. Er sieht zwar sehr gut, aber er sieht alles verkehrt; die Personen, die ihm entgegenkommen, scheinen von ihm fort zu gehen, seine eigene Hand, die er nach einem Gegenstand ausstreckt, scheint ihm nach ihm selbst zu greifen, und so fort. Nur die Erfahrungen im Leben und die Berührungsempfindungen haben ihn an den wirklichen Sachverhalt gewöhnt, und zwar so sehr, daß seine ungewöhnliche Art zu sehen erst entdeckt wurde, als sein Lehrer bemerkte, daß die Schrift des Schülers zwar genau, aber eine Spiegelschrift war. Der „Informator Medical“, der über den Fall berichtet, führt dazu aus, daß er keineswegs ohne jeden Präzedenzfall wäre. Es gibt auch Personen, die alle Gegenstände so sehen, als wären sie um einen Winkel von 90 Grad geneigt. Wenn sie zum Beispiel ein Schiff zeichnen, so stellen sie es so dar, daß der Hauptmast wagerecht liegt.

**Wetterbericht vom 1. Oktober.** Auf der Vorderseite einer Furche tieferen Druckes war am Dienstag in Böhmen vorwiegend heiteres, in den Niederungen nebligtes Wetter. In der östlichen Richtung nahm die Bewölkung zu, in der Ostslowakei regnet es noch. In Böhmen hat sich bei südöstlicher Aufströmung eine mäßige Erwärmung eingestellt. Die Ausläufer des nordwestlichen Tiefdruckgebietes haben auf dem Kontinent an Wirkungen eingebüßt. — Was sich einliches Wetter von heute: Wolkend bedeckt, Temperatur im ganzen wenig verändert, westliche Winde, zeitweise auffrischend.

## Mein Hund.

Von Jerome K. Jerome.

Schon der Morgen nahm einen schlechten Anfang. Mein Hund führte mich spazieren und verlor mich. Es wäre weit besser, wollte er sich den üblichen Gepflogenheiten fügen und mich gestatten, ihn spazieren zu führen. Ich bin — ich darf dies ohne Ueberhebung behaupten, wirklich der bessere Führer. Schon deshalb, weil ich älter bin und mich nicht so leicht aufrege. Ich bleibe nicht bei jedem mir entgegenkommenden Menschen stehen, plaudere mit ihm und vergesse völlig, wo ich mich befinde. Ich raufe auch nicht auf der Straße, noch laufe ich Katzen nach, oder finde meinen Spaß daran kleine Kinder zu erschrecken. Ich denke einzig und allein an den Spaziergang und an die Heimkehr. Wie gesagt, gestatte er mir, ihn spazieren zu führen, so gäbe es weit weniger Unannehmlichkeiten; aber er will das nicht einsehen. Er hatte mich heute früh bereits zweimal „verlegt“, um mich dann in Sloane Square völlig zu verlieren. Verliert er mich, so bleibt er stehen und bestt nach mir. Das wäre ja ganz gut, bliebe er an der gleichen Stelle stehen, da ich ihn auf diese Art zu finden vermöchte; aber ehe ich die Straße überqueren kann, bestt er schon in der nächsten StraÙe. Ich bin nicht mehr so jung, wie ich war, und die viele Bewegung überanstrengt mich ein wenig. Ich sah ihn in der Kings StraÙe stehen. Er machte einen äußerst empörten Eindruck. Zwar vermochte ich sein Bellen nicht zu verstehen, doch konnte ich ungefähr erraten, was er sagte: „Sol der Teufel den Mann, jetzt ist er schon wieder weggegangen!“ Er erkundigte sich bei einem vorübergehenden Hund: „Haben Sie nicht meinen Menschen irgendwo gesehen?“ (Ein Hund spricht

selbstverständlich nie vom „Sehen“, da ja der Geruch sein Hauptsinne ist.)

„Nein, ich noch keinen besonderen Menschen.“ erwiderte der andere Hund. „Wie riecht denn Ihr Mensch?“

„Nach Eiern, Schinken und Zige.“

„Das will nichts heißen, um diese Stunde riechen die meisten Menschen so. Wo sehen Sie ihn zuletzt?“

In dieser Minute erblickte mich mein Hund und kam zu mir, erfreut, mich wiederzufinden, aber zugleich auch böse auf mich weil ich verloren gegangen war. „Da bist du ja,“ bestte er. „Zahit du nicht, daß ich um die Ecke bog? Ich doch nicht immer so weit fort. Ich muß meine ganze Zeit damit vergeuden, dich zu suchen.“

Der Vorfall schien ihm die Laune verdorben zu haben; er war gerade in der rechten Stimmung für eine Kauferei. Am Eingang der Sloane StraÙe lief ein dicker, militärisch aussehender Herr einem Omnibus nach. Mit wildem Gebrüll stürzte sich William Smith, dies ist der Name meines Hundes, auf den alten Herrn. Hätte dieser ihn nicht beachtet, so wäre ja nichts geschahen. Ein vorüberfahrender Messerjunge hätte, — ich las es in seinen Augen — Smith eins übergezopen, als er über die Straße rannte; William Smith wäre recht glücklich, der alte Herr hätte seinen Omnibus erreicht und die ganze Angelegenheit wäre erledigt gewesen. Unglücklicherweise war der alte Herr ein echt militärischer Typus — jener der aus Macht, Dummheit und Mut besteht. Er blieb stehen, um den Hund zu beschimpfen. Und das war es gerade, was Smith sich wünschte. Es kommt für seinen Geschmack allzu selten vor, daß er mit einem Erwachsenen raufen kann. „Sie sind alle HasenfüÙe,“ denkt er bei sich, „wag nicht einmal, eine Antwort zu geben. Mir gefällt ein mutiger Mensch.“ Sein Erfolg versetzte ihn

in Entzücken. Er wachte um sein Opfer, zog Kreise und Zirkel, die den alten Herrn lähmten, als wären es die Zaubertrise eines Merlin. Der militärisch alte Herr packte seinen Schirm und versuchte sich zu verteidigen. Ich rief den Hund ich schrie dem General — seinem unintelligenten Ausheren nach hielt ich ihn für einen General — gute Rat'schläge zu, aber die beiden waren allzu sehr beschäftigt, um auf mich zu achten. Ein teilnahmloser Omnibusfahrer beugte sich vom Bord nieder und flüsterte mit heiserer Stimme: „Baden Sie ihn beim Schwanz, Herr. Fürchten Sie sich nicht, packen Sie ihn fest beim Schwanz.“

Ein Wäldmann, der sich auf der anderen Seite der Straße befand, sympathisierte mit Smith und rief ihm zu: „Braver Hund, beiß ihn tot!“

Ein Kind, das um ein Haar vom Schirm des Generals getroffen wurde, begann zu weinen. Die Kinderfrau erklärte dem General, er sei ein Idiot, ein Auspruch, der mir äußerst richtig erschien. Der General leuchtete wütend zurück, daß das Fahren mit Kinderwagen auf dem Trottoir gegen das Gesetz verstöße; zwischen seinen ahlfletischen Uebungen mit dem Schirm fragte er nach dem Besitzer des Hundes. Eine Menschenmenge rotelte sich zusammen; der Polizist erschien auf der Szene.

Ich weiß, daß es nicht recht war, ich will mich nicht verteidigen; aber in diesem Augenblick kam mich die Versuchung an, Will am Smith im Stich zu lassen. Ihm behagte eine Kauferei auf der StraÙe, mir nicht. Die Verschiedenheiten unserer Ansichten in dieser Beziehung sind auf unsere andersartigen Charaktere zurückzuführen. Ich weiß auch, daß er einen guten Instinkt hat, der ihn darüber unterrichtet, wann er sich vom Schauspiel seiner Taten entfernen müsse — außerdem auch die Fähigkeit, dies zu tun. Urplötzlich lautete er eine Weile weiter vorn auf, mit friedlicher Miene, sichtlich völlig in Gedanken versunken,

allen Anschein nach ein weiserer und besserer Hund.

Ich tröstete mich mit dem Gedanken, daß ich ihm ja doch nicht helfen könne, und erinnerte mich voller Befriedigung daran, daß er durch einen glücklichen Zufall sein Halsband nicht angezogen hatte, das meinen Namen und meine Adresse trägt. Ich schlich vorsichtig hinter einen Omnibus, versuchte aus Bescheidenheit, jedes auffällige Benehmen zu vermeiden, und eilte mit einem großen Umweg durch den Park heim.

Als wir am Mittagsisch saßen, flog die Tür auf und William Smith kam heremarschiert. Er betritt das Zimmer immer wie der Held eines Dramas, muß vor seiner Seeleuwendung Schauspielere gewesen sein. Seinem selbstzufriedenen Ausheren zufolge nahm ich an, daß es ihm gelungen war, den Rat des Wäldmannes zu befolgen; jedenfalls sah ich den General nie wieder. Smiths schlechte Laune war vergangen, dafür aber war seine Frechheit noch größer geworden. Vor seiner Heimkehr hatte ich unfreiem zweiten Hund, O'Shannon, ein Stück Hundekuchen gegeben. O'Shannon fühlte sich beleidigt, wollte keinen Hundekuchen; konnte er nicht ein Stück Braten bekommen, so wollte er überhaupt nichts haben. Er warf den Hundekuchen auf den Boden. Smith sah ihn und stürzte sich darauf. Nun ist aber Smith niemals Hundekuchen. Gebe ich ihm einen, so verfiert er ihn. Er ist überhaupt ein sparsamer Hund, der an die Zukunft denkt. „Man weiß ja nie, was geschehen kann,“ sagt er bei sich. „Mein Mensch kann sterben oder verrückt werden oder Bankrott machen. Es können Zeiten kommen, da ich sogar über einen Hundekuchen froh sein werde.“ Ich will ihn unter der Matte verstecken, nun, lieber nicht, jemand könnte ihn dort finden. Es wird besser sein, ich grabe auf dem Tennisplatz ein Loch, das ist eine gute Idee, vielleicht wächst



# Wollwirtschaft.

## Die Preisbewegung.

Der Großhandelsindex für den 1. September 1924, welcher bei Zugrundelegung der Preissteigerung gegenüber dem Vorkriegsstand erreicht wurde, ist nach Nr. 20 der Preisberichte des statistischen Staatsamtes derselbe, 1924, wie er für den 1. August l. J. ermittelt wurde. Nehmen wir jedoch direkt die Preise vom Vormonate zur Grundlage, so ergibt sich auf dieser Grundlage die Indexziffer 101,7, d. h. der durchschnittliche Stand der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 1. August bis 1. September 1924 um 1,7 Prozent erhöht. Das Preisniveau ist daher nicht stabilisiert, wie es beim Vergleich mit den Preisbewegungen der letzten Monate zu sehen ist, sondern es zeigt, wenn wir beim Vergleich die jüngst verfloßenen Zeit und deren wechselseitige Preisverhältnisse in Betracht ziehen, eine steigende Tendenz. Bei Zugrundelegung der Preise vom August l. J. verteuerten sich die Nahrungsmittel, Genuss- und Futtermittel durchschnittlich um 2, die Industriestoffe und -produkte um 1,3%. Die eingeführten Waren stiegen um 2,4, die Waren inländischer Herkunft um 1,7%. Der Goldindex änderte sich nicht (144,8). In der Hauptgruppe der Nahrungsmittel und Genussmittel ist die Verteuerung der animalischen Nahrungsmittel diesmal wesentlich höher als die der vegetabilischen, deren Preissteigerung sich beträchtlich verlangsamte: jene zogen um 9,8 an, diese um 1,4%; die Gruppe der verschiedenen Nahrungsmittel und Genussmittel und der Futtermittel sank sogar — im Durchschnitt genommen — um 2,2%. Sämtliche animalischen Nahrungsmittel, welche im Index enthalten sind, verteuerten sich, und zwar der Reihe nach: Eier + 23,8, Kalbfleisch + 18,7, Schweinefleisch + 13,4, Schweinefett + 8,9, Rindfleisch + 8,2, Schinken und Margarine + 4,5, Butter + 4,1, Schöpfenfleisch + 2,2%. Von den Getreidearten stiegen aber: Roggen + 1,9, Hafer + 1,7, Gerste 17,1%. Inländisches Weizenmehl verteuerte sich um 5,1, ausländisches um 1,4, inländisches Roggenmehl um 2,1%. Außer Getreide und Mehl stiegen in der Gruppe der vegetabilischen Nahrungsmittel noch im Preise: Reis + 10,8, Granen + 10, Mais + 4,9 und Erbsen + 2,5%. In dieser Gruppe weisen nur die Kartoffeln einen, und zwar sehr starken Preisrückgang auf: 38,6%. In der Gruppe der verschiedenen Nahrungsmittel, Genuss- und Futtermittel verteuerten sich: Rohzucker + 29,3, unverseuerte Raffinade + 15,8, Malz + 10,3, Raffine + 5,7, Wein + 2,8, Tee + 1,8; es verbilligten sich: Hopfen — 66,3, Stroh — 27,8 und Heu — 5,6%. Von den Mineralien stiegen Kupfer + 1,7 und Blei + 4%; die übrigen Mineralien blieben im Preise unverändert. Von den Textilrohstoffen und -fabrikaten verteuerten sich: slowakische und überseeische Wolle + 4, Rohseide 5,1, Jute + 7,3, Flach + 4%; es verbilligten sich: Rohbaumwolle — 9,2 und Baumwollgarn — 6,9%. Von den übrigen Industriestoffen und -produkten stiegen im Preise: noch ziemlich bedeutend Rohleder + 19,3 und gegerbtes Leder + 7,3%, weniger schon die Leder + 2,6 und hartes Holz + 2,2%; im Preise fiel Jellulo'e — 3,8%. In dieser Gruppe kommen jedoch viele Warengruppen vor, welche ihre Preise überhaupt nicht geändert haben: Spiritus, Petroleum, Soda, sämtliche Glas, weiches Glas, Actationspapier, Kaolin, Zement und Ziegel.

## Warum erfolgte die Ausperrung in der Neudeker Wollkammererei?

In der Neudeker Wollkammererei und Kammergarnspinnerei A. G. in Neudel besteht seit längerer Zeit ein Lohnvertrag, in welchem vorgelesen ist, daß das An- und Ausschneiden außerhalb der 48-stündigen Arbeitszeit vorzunehmen ist, was auch von der Arbeiterschaft eingehalten wurde. Nur bei den Professionisten bestand die Übung seit 30 Jahren, daß sie auf Grund ihrer schmutzigen Arbeit das Privileg hatten, sich zehn Minuten vor Arbeitschluss zu waschen.

Bei den Vertragsverhandlungen wurde immer wieder erklärt, daß die alten Rechte aufrecht bleiben und daß von diesen keine Abstriche gemacht werden, auch dann nicht, wenn sie vertraglich nicht festgelegt sind.

Vor 14 Tagen verlangte die Betriebsleitung, daß die zehn Minuten Wascheit in Wegfall kommen müssen. Die Professionisten waren mit dieser Maßnahme nicht einverstanden, weil man ihnen ein durch 30 Jahren erlassenes Recht nehmen wollte. Durch Verhandlung zwischen Betriebsleitung und Betriebsausschuss wurde versucht, ein Kompromiß herbeizuführen und man wäre mit fünf Minuten Wascheit einverstanden gewesen. Die Betriebsleitung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß diejenigen, welche sich nicht fügen, wegen Arbeitsverweigerung nach § 82 d. G. O. entlassen werden. Als die Professionisten das erlassene Recht nicht preisgeben wollten, wurde ihnen schriftlich die Entlassung zugestellt, ohne daß die Betriebsleitung nur den Versuch gemacht hätte, den Konflikt auf der Grundlage des Vertrages zwischen den beteiligten Organisationen aus der Welt zu schaffen. Die Professionisten wurden kurzer Hand ausgesperrt und ihnen mitgeteilt, daß dadurch die Pension verfallt und die Dienstprämie verwirkt sei. Im Betriebe besteht eine private Pensionsversicherung, für welche die Arbeiterschaft sowie die Betriebsleitung Beiträge leistet, um im Falle des Alters eine Pension beziehen zu können. Ferner besteht eine Dienstaltersprämie, welche der Arbeiterschaft je nach der Anzahl der Dienstjahre ausbezahlt wird. Als nun der Konflikt ausgedehnt war und die Professionisten entlassen wurden, erklärte die Firma bei den Einlassungsverhandlungen, daß die Wiedereinstellung nur nach Bedarf erfolgen kann, das heißt, daß sie sich die Leute aussuchen wollen und die anderen ausgesperrt bleiben, ferner daß ein neues Arbeitsverhältnis eintritt und dadurch die Pensionsjahre verlorren gehen und die Firma auf Grund des neuen Arbeitsverhältnisses nicht verpflichtet ist, die Dienstaltersprämie zur Auszahlung zu bringen. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben bei den ersten Verhandlungen und auch bei den Verhandlungen am Montag, den 29. September versucht, den Konflikt friedlich beizulegen. Aber selbst auf die Frage, was geschehen würde, wenn auf die Wascheit verzichtet würde, wollten die Herrschaften die getroffenen harten Maßnahmen nicht zurückziehen.

Durch dieses Verhalten wurde der Weg zur friedlichen Beilegung zur Unmöglichkeit, weil man einer Gewerkschaftsorganisation nicht zumuten kann, daß sie einfach ein derartiges Diktat ohne Kampf hinnimmt. Am 29. September fand noch eine Vertrauensmännerversammlung statt, welche zur Sachlage Stellung nahm und die Haltung der Unterhändler bestätigte. Die Vertrauensmännerversammlung stellte sich auf den Standpunkt, die gemäßregelten Kollegen nicht im Stich zu lassen, sondern den Kampf aufzunehmen, weil sie der Ansicht sei, daß trotz aller Bemühungen von Seite der Unterhändler, die friedliche Beilegung an dem starren Verhalten der Betriebsleitung scheitern

In diesem Fall mischte ich mich in die Angelegenheit. Dazwischen wird es notwendig, Herrn Smith dazu zu erinnern, daß auch der Mensch, dieser gute und nützliche Freund des Hundes, gewisse Rechte habe. Ein derartiger Augenblick schien gekommen. . . Smith wusch sich auf das Sofa und brummte: „Wäre ich doch heute früh nie aufgestanden. Niemand versteht mich!“

Doch vermag ihn nichts für lange Zeit einzuschüchtern. Eine halbe Stunde später versuchte er bereits die Raubfalle zu sprengen. Er wird nie Vernunft annehmen; seit drei Monaten will er diese Raube umbringen. Wenn am nächsten Morgen seine Nase zu ihrer doppelten Größe angeschwollen ist und er nur mit einem Auge zu sehen vermag, so scheint er den Zusammenhang nicht zu begreifen; hält sein Leiden für eine Folge des Wetters.

Am Nachmittag leistete er sein größtes Verdienststück. Meine Tochter Dorothea hatte eine Freundin zum Tee geladen. Ich vernahm aus dem Kinderzimmer tolles Geklächter und öffnete die Tür, um zu sehen, was geschehen sei. Smith zerrte an einer Puppe. Ich sah noch nie eine lässlicher aussehende Puppe; ihr Kopf war abgeklüppelt und aus zahllosen Wunden stoffen Sägespäne. Beide Kinder jauchzten vor Entzücken. Besonders Dorothea war begeistert. „Wessen Puppe ist es?“ erkundigte ich mich.

„Das“, erwiderte Dorothea lachend. „Duo!“ rief Eva freudig. „Hier ist meine Puppe.“ Sie hatte auf ihrer Puppe gekniffen, so sie nun hervor, warm, aber unversehrt. „Das ist Doroths Puppe.“

Dorotheas plötzlicher Umschwung von Freude zuummer war entsetzlich dramatisch. Sogar Smith, der an Stürme gewöhnt ist, wurde verblüfft von dem auf ihn erscheinenden Anblick und ließ sich davon erschrecken, daß er an diesem Tage nichts mehr unternahm.

Einzig berechtigter Uebertragung aus dem Englischen von Hermann J. Müller.

Es wurde beschlossen, dem Kampf durch Herausnahme sämtlicher Professionisten und der Spinnereiarbeiter mehr Nachdruck zu verleihen und den Aussperrten zu Hilfe zu kommen. Dies wäre die Sachlage des Konfliktes.

Wie es scheint, ist die Wascheit eigentlich nicht die Grundursache, welche die Betriebsleitung zu derartigen Maßnahmen veranlaßt, sondern die Arbeiterschaft von Neudel soll auf die Anie gezwungen werden. Der Kampf dreht sich um die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation, damit die Betriebsleitung Vorzugsverhältnisse einführen kann. Die Herren werden sich irren, denn die Vorzugsverhältnisse sind vorüber und die Arbeiterschaft wird sich nicht gedulbig den wilselminischen Stiefel auf den Rücken setzen lassen.

Der Kampf hat begonnen. Nun ist Jähigkeit verbunden mit Opfermut am Plage.

## Kleine Chronik.

### Walffischfang.

Einer der Erwerbszweige, um die ein Schleiher von Romantik, ein Hauch von Wagemut, Abenteuerlichkeit und Eroica schwebt, ist der Walffischfang. Es sieht fast wie ein Ueberrest alten Wikingertums aus, daß die kleine norwegische Nation den Walffischfang wie überhaupt die Fisch- und Tierausbeutung jener weiten Wüste, der Meere um das Südpolar- und Nordpolarland völlig beherrscht. Aber der Kapitalismus schenkt keine Romantik, er dringt überall hinein und der Walffischfang wird heute ebenso kapitalistisch und industrialisiert betrieben, wie — na, sagen wir Margarinebereitung, bei der ja Walffisch-Öl eine gewisse Rolle spielen soll. (Aber das ist Fabriksgeheimnis.)

Seit 1860, als der Norweger Sven Rohn die moderne Harpunenfaune und andere Dinge der Walffischfangtechnik erfand, haben die Norweger die damalige Konkurrenz der Hamburger, Holländer und Engländer aus dem Felde geschlagen, und heute steht man nur selten ein dänisches oder amerikanisches Schiff neben dem Norweger Walffischfänger. Von der Weltproduktion an Walöl — diese Handelsbezeichnung ist treffender als der deutsche Ausdruck „Tran“, der nur eine bestimmte Waare des Walöls umfaßt —, die 1918 insgesamt 770.000 Fässer betrug, entfielen 596.200 Fäß auf die Ausbeute norwegischer Expeditionen, die 16.888 Wale schossen. 1921 war der Fang nicht so gut, aber norwegische Schiffe holten doch 416.000 Fäß oder 70.000 tons Walöl ein. Beachten Sie, daß der Preis für die Tonne Walöl im letzten Jahre 26 englische Pfund betrug, so kann man sich ein Bild vom Wert dieser Industrie für Norwegen machen.

Industrie — Industrie — damit ist das Aussehen des heutigen Walffischfanges gekennzeichnet. Im norwegischen Walffischfang steckt ein Aktienkapital von rund 75 Millionen Kronen. 17 Aktiengesellschaften — neben einigen amerikanischen — betreiben den Walffischfang. Vom September bis Anfang Oktober gehen die Expeditionen hinaus. Eine Wallexpedition besteht aus einem Mutterschiff von 8—10.000 tons und 3—5 Walbooten. Das Mutterschiff ist „schwimmende Kohlerei“. Auf ihm wird der Wal zerlegt, das Öl ausgekocht, werden die Partien gereinigt und sortiert, eine Menge anderer Dinge aus dem Körper des Wal gewonnen und verladen. Den Fang besorgen die Walboote. Das Schiff und Dampfser von ungefähr 100 Fuß Länge und 20 Fuß Breite, die mit geradezu raffinierter Technik für ihren Zweck gebaut sind, mit Maschinen von 700 PS., die ihnen 10—15 Knoten Fahrtgeschwindigkeit geben. Der Bug, manchmal auch das Heck, trägt die Harpunenfaune, und von den 10 bis 12 Mann Besatzung ist der Walshütze gleichzeitig „Schiff“ des Bootes. Seine Aufgabe ist vor allem, für jedes Boot eine so gut eingearbeitete Mannschaft bereitzustellen, daß die Schnelligkeit, Manövrierfähigkeit und Seetüchtigkeit des Walbootes den Zweck erreicht, möglichst viele Wale zu schoßen. Man muß der modernen Walffischfangtechnik zugestehen, daß sie keine Tierquälerei mehr ist, wie die Harpunerei der Eskimos und der Europäer noch im vorigen Jahrhundert. Während damals ein Wal mit drei oder vier Harpunen im Körper noch monatelang sich herumquälern konnte, bis ihn der Tod von seinem Leiden erlöste, tötet der moderne Harpunenschuß sofort. Bei diesem nur einigermachen stehenden Harpunenschuß explodiert eine hinter der Harpunenspitze angebrachte Granate und bringt dem Tiere den augenblicklichen Tod. Auch die Unfälle der Walffischfänger von früher haben fast aufgehört — das 210 Tonnenboot mit 700 Pferdekraften wird von keinem Wal zum Kentern gebracht.

Eine andere Frage ist, ob der moderne Walffischfang nicht Raubbau an den Walbeständen ist. Namenhafte Wissenschaftler sagen das voraus. Die Norweger bestreiten das natürlich. Tatsache ist, daß der größte Wal, der Blauwal, sehr selten geworden ist, auch eine andere Blauwal, der „Aniwal“, seit 1918 wenig zum Fang kam, aber an Finn- und Grönland scheint noch kein Mangel zu sein. Es haben auch z. B. Australien, die dänische Grönlandverwaltung und der Gouverneur der englischen Besitzungen am Südpolarmeer Schutzbestimmungen für die Wale erlassen, aber da die englischen Fischereifreizeutommantanten ebenso ungern in der eisigen Kälte des Polarmeres herumfahren, wie die Offiziere im russischen Winter aus dem warmen Unterland herauskommen, so stehen die Bestimmungen nur auf dem Papier. Die Kontrolle ist ja erschwert, weil die Expeditionen durch die Art ihrer Organisation sehr unabhängig vom Lande sind. Ganz zwei Weltkontinente haben die Norweger noch auf Südpolard. In der Regel besorgt alles das Expeditionsmutterschiff. Acht Monate lang bleiben die norwegischen Südpolarmeerfänger unterwegs. Trotz der Strapazen fehlt es an Entzern für die Expeditionen, weil die Mannschaft an einem guten Fang durch Prämien interessiert ist. So beträgt z. B. die Feuer für einen gewöhnlichen Wa-

trofen oder Arbeiter auf dem Mutterschiff in diesem Jahre monatlich 140 Kronen, dazu drei Tere, der Monate und Geizer auf dem Walboot 170—180 Kronen, dazu 6 Kronen für den geschlossenen Annuäl, 8 Kronen für einen Finn- und 11 für den Blauwal. Harpunenschützen, Steuerleute kommen natürlich entsprechend mehr. Bedeutend man außerdem, wie weit der Fang ist, der 15.000 Fäß auf die Expedition mit vielleicht 60 bis 80 Mann Besatzung betragen kann, aber schon bis über 50.000 Fäß bei einer solchen Expedition gestiegen ist, so versteht man, daß der Walffischfang eine Art Lotterien ist und Walaktien zu den beliebtesten Spekulationen der Christlicher Börse gehören. P. S.

114. Geburtstag einer Amerikanerin. Eine Amerikanerin russischer Herkunft, die 1810 geboren ist, feierte kürzlich, wie aus New York gemeldet wird, ihren 114. Geburtstag, umgeben von ihren Söhnen, Enkeln und Großenteln. Mehrere ihrer Nachkommen zählen bereits mehr als 80 Jahre, und einer ihrer Brüder ist 110 Jahre alt.

### Und sie lachen.

Zehn Uhr morgens auf der mit Promenadenbänken flankierten Hauptstraße der kleinen Vorort Bergstadt. Sie und da ein Bauer, Handwerker, Arbeiter, eingeklinkt von der Tätigkeit des Wochenendes. Sie gönnen sich keine Pause, treiben Vieh, laufen mit der Sense Feldern zu, rollen Häfer, verladen Reisegepäck, kehren die Straße, montieren an der elektrischen Hochleitung. Keine Pause, keine Pause! Denn hart ist die Zeit und sie wird immer härter und schwerer zu leben für den, dessen ganzes Kapital die Kraft seiner Hände ist. Brot, Fett, Milch, Fleisch sie gen im Preise nicht mehr von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde und die geringst bemessene Summe, die der leistungsfähigste Arbeiter für das Leben eines Tages braucht, ist in ihrer Höhe ein Lohn auf seinen niedrigen Taglohn.

So sieht man unter ihnen wenige mit wirklich frohen Gesichtern. Verborgene Not, mühsam unterdrückte Gedanken, durch ihr Gehirn hin und her rasende Gedanken der Sorge, nahen die Angst vor der Zukunft straffen ihre Gesichtszüge zu einer ersten Starre: oder lösen sie auf in eine müde Gleichgültigkeit.

Aber es gibt auch Menschen, die 1918 ins Gefängnis, die zu dieser Zeit froh sind, zumisch ausgelassen froh, und die immer lachen, lachen, lachen —

Schweizer Seide, seine französische Gewebe, englische Stoffe bedecken ihre Körper; sie sind parfümiert, gefalbt, eingepudert; geschickteste Wohllebigkeit predigen ihre ausgepolsterten Wangen, die seitlichen Bäuche, die runden Schultern.

Da sitzen Männer, oder vielmehr Frauen und Fleischbündel, die Männern ähnlich schauen. Sie sehen aus wie reich gewordene Putzmeister Mädchenhändler, ungarische Getreideaufkäufer, Wiener Winkelbörseagenten. Sie halten Zeitungen in den Händen, studieren alle die Zeit mit den Auren nachzusehen.

Dichte Zufriedenheit liegt in ihren Gesichtern. Schmalzig tropfen einem Worte von den Lippenwulsten:

„Seh'n Se, Herr Vorher, hab ich Ihnen gestern nicht gesagt, daß Juli-End frigen werden. Um 3200 K sind sie zu die Höhe gegangen!“

Ein anderer schmauft zu einem Geschäftsfreunde hinter sich, der den Eisenring seines Stodes abschlekt:

„Jetzt ist noch einmal, daß das nicht sein vor von mir, voriger Woche mit Soda und Margarine (Soda) obzufuß'chen? Hat! Bringt mir das haite 200 Prozent Gewinn!“

Achtliche Bemerkungen kann man von jedem dieser Herren hören.

Und sie lachen, lachen alle, die ganz Reihe der Bäuche entlang. . . Vier, fünf junge Mädchen. Ihre Hände wissen nichts von geringster Arbeit. Eine kaum fünfzehnjährig mit den Augen einer wissenden Dirne jippt nachlässig:

„Ja, Dollu, vor acht Tagen wars hier in dem Rest noch schrecklich langweilig. Denk dir, ich kam aus dem faden Nektar mit Mama und sind' seinen Feirt. Nicht einmal Abends in der Bar gabs einen, mit dem ich hätte tanzen können. Schauerlich sad sag' ich dir. Aber jetzt ist's desto feiner, seitdem der Audi Rappaport, der Wudi Kohner mit dem Schafgeflücht und der scharmante Prinz Weihenstein da sind. Ueber so einen Prinzen geht doch n'his! Der weiß sich nobel zu benehmen und ist so furchtbar lustig. Denk dir, Dollu, gestern. . .“

Und sie flüstert der links neben ihr Sitzenden etwas laut ins Ohr, daß es auch die anderen hörten.

Und sie lachen, lachen und spucken dabei die teuren Bonbons aus. . . Die Hälfte eine Bank nimmt eine gewaltige dicke „Dome“ ein. Sie ist mit fotografischem Zinn und behängt. Neben ihr, auf einem schneeweichen, mit echter Spitze eingeklinkten Polster hockt ein chinesisches Punkscher. Die „Dome“ merkt mit Mummer, daß ihr Bündchen sich langsam stülzt. So nimmt sie aus einer Zottenparabälle ein Stück herrlicher Schokoladentorte und hält es dem Punkscher vor die Nase. Alles ringsum blist gespannt auf den Hund. Sieben Lorngnetten, viel Monofel sind auf ihn gerichtet. Was wird er tun? Der Hund schnupfert auf gelangweilt, dann aber fährt er plötzlisch auf das sarte Zunderbäckereibild: los und das weiße Obers liegt in phantastischen Klumpen an der schwarzen Hundenas.

Und alles, alles lacht. . .

Lacht in die grausame Not, den bittersten Ernst, in die dunkle Drohung d'ses Tages, dieser Zeit hinein. . .

Alfons Pavard.



Literatur.

Helmut Plehner: „Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus.“ (Bonn 1924, Friedrich Cohen.)

Frei Mittel: „Jacharias Wampert“ oder „Der verkehrte Salomon“. Satirischer Roman. Kynosaruber-Verlag, Wien-Leipzig.

Hofa Maureder: „Fabelien.“ Kynosaruber-Verlag, Wien-Leipzig. Ein Bündchen Geschichten, die alle sehr nachdrücklich stimmen und unter buntem, romantisch-allegorisch skizzierten Geschehen tiefen Sinn verbergen.

Währungsreform in der Tschechoslowakei und in Sowjetrußland. Mit Beiträgen von Alfred Amann (Prag) und M. v. Bernatyn (Moskau), Verlag von Dunder und Humblot, München-Leipzig 1924.

Die Schrift läuft bei aller Bemühung des Verfassers, objektiv zu sein, doch auf eine Verteidigung der tschechoslowakischen Währungspolitik hinaus, die als eine Politik nicht der Deflation, sondern der Stabilisierung bezeichnet wird.

Aus der Partei.

Zusammenbauweis für den Monat September 1924. Teplitz Parteifond 2540 K., (Zentralwahlfond 1200 K.), Aussig 1400, (700), Karlsbad 1000, (500), Sternberg 600, (300), Brünn 200, (100), Karlsbad 1400, (700), Troppau 1200, (600), Kráman 200, (100), Mies 1000, (500), Reutitschein 60, (30).

Bezirkskonferenz Falkenau. Sonntag fand im Hotel „Weber“ die ganzjährige Bezirkskonferenz statt, die nicht nur einen sehr eindrucksvollen Verlauf nahm, sondern auch den Beweis erbrachte, daß die Kraft unserer Organisation nicht erschöpft werden konnte.

Die fortwährende Steigerung der Preise aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, wirkt für die Arbeiterschaft geradezu bedrückend. In einer Katastrophe muß die fortschreitende Teuerung jedoch in unserem Nordostbezirk führen, wo neben Hunderten von Arbeitslosen der Großteil der Bergarbeiter durch die seit Jahren andauernde Kurzarbeit dem Elende überantwortet werden.

Aus den Berichten ist ersichtlich, daß insgesamt 231 Versammlungen, davon 49 öffentliche, abgehalten wurden. Es fanden ferner zwei Bezirkskonferenzen, fünf Bezirksvertretungsitzungen und zwei Exekutivitzungen statt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Du magst noch so müde sein,

nach so wenig Lust zur Arbeit verspüren — eine Schale guter Vohnenkaffee hilft Dir wieder auf! Die Herzfähigkeit wird angeregt, das Blut kreislunieret, die Sinne werden wach.

Jullius Meini Kaffee-Import.

Kunst und Willen.

VI. philharmonisches Konzert. Neues deutsches Theater am 30. September 1924. Dieses Konzert bedeutet einen wohlklingenden Schlußakkord in der Reihe der philharmonischen Konzerte der abgelehnten Theaterspielzeit.

Genossen! Ihr müßt unangesehen für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Druckmaschinen, Stereotypen, Verlag, Buchbinderei, neueste Guss- und Blechmaschinen mit einer Tagesleistung von 600.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 150.000 Zeitungen.

Kalla's Fischkonserven. werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven In allen Konsumvereinen erhältlich.

Frau: Samstag „Chevalier von Seingalt“; Sonntag nachmittags Arbeitervorstellung „Dihello“, abends „Die Frau im Hermelin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Frühlingserwachen“; Freitag Pantentenvorstellung „Die Dose“; Samstag „Pariser Leben“; Sonntag nachmittags „Korporation“, abends „Wer weint um Judena?“

Turnen und Sport.

Tschechoslowakische Lieste.

Liestes gibt es bei uns auch, nur vermögen sie sich nicht so durchzusetzen, wie ihr Berliner Vorbild. Auch verhalten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Arbeiterturnerschaft in der Republik nicht so gleichgültig dem Treiben kommunistischer Agitatoren gegenüber, weshalb der Berliner Original-Lieste in unseren Gebieten seine rechten Nachahmer finden kann.

Natürlich kann die Föderation auch der D. T. Z. nicht auf den Namen kommen, und führt seit 1921 eine lebhafte Kampagne gegen diese Organisation. Dabei wird natürlich ebenfalls der Wahrheit angehängen, doch ließ sich die Verbandsleitung der D. T. Z. niemals weiter in Diskussionen ein.

Herr Dr. Benal war mit Bruno Lieste als Vertreter für das Büro der Roten Sportinternationale am Bundeskongress in Karlsbad. Kann man zu solchen Leuten Vertrauen haben, die ihre eigene Mitgliederchaft so täuschen können?

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riechne. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holth

Fersenbein und Fußgelenk. haben beim Gehen abwechselnd das ganze Schwergewicht des Körpers zu tragen. Je härter die Unterlage, desto schmerzhafter das Gehen und um so größer die Erschütterung des Körpers. Damit erklärt sich die unbedingte Notwendigkeit des Tragens der elastischen BERSON Gummi-Absätze und Gummi-Sohlen.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsheften, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faktoren, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.